

Der Freisinn

Juli 1979 Nr. 1
1. Jahrgang/Erscheint monatlich

AZ 8021 Zürich

Herausgeber: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP), Postfach 2642, 3001 Bern

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 2642, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38

Inserate: ofa Orell Füssli Werbe AG, Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich, Telefon (01) 32 98 71

Wichtiger Hinweis
Seite 10:
FDP-Wahlkundgebung
8. September in Brunnen!

FDP

SCHWEIZERISCHE LANDSBLIOTHEK
BIBLIOTHÈQUE NATIONALE SUISSE
BIBLIOTECA NAZIONALE SVIZZERA

Die freisinnigen «Zielsetzungen 79/83»

Was will die FDP?

Wahlherbst 1979 — was bieten die Parteien? Sie bieten eine Kandidatenauswahl mit bekannten und weniger bekannten Namen, und sie bieten Programme, die deutlich oder auch nur in unscharfen Umrissen erkennen lassen, welche Politik sie verfolgen wollen. Die Wählerinnen und Wähler, die sich in diesem Parteienangebot umsehen, stossen bei der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) nicht nur auf profilierte Kandidaten, sondern auch auf präzise Zielsetzungen. FDP-Generalsekretär Hans Rudolf Leuenberger stellt die «Zielsetzungen 79/83» vor:

Das FDP-Programm begnügt sich keineswegs mit allgemeinen Grundsätzen — es enthält vielmehr für alle Bereiche unseres öffentlichen Lebens genau umschriebene Postulate. Wer diese Partei wählt, kann also auch wirklich wissen, wie sie sich im politischen Alltag verhalten wird. Die in 21 Sachkapitel aufgliederten Zielsetzungen lassen klar erkennen, dass die FDP auf alle Schichten unseres Volkes Bedacht nimmt und dass sie sämtlichen Entwicklungen in unserer Zeit aufgeschlossen und mit eigenen Vorstellungen begegnet. Sie ist, mit andern Worten, eine Volkspartei, die sich dem Ganzen verantwortlich fühlt. Weder will sie einzelne Bevölkerungsgruppen privilegieren noch wirtschaftliche oder kulturelle Minderheiten vernachlässigen.

Wie sehr der FDP daran liegt, die Sicherheit und das allgemeine Wohlergehen zu fördern, geht mit

aller Deutlichkeit aus ihren konkreten Sozialpostulaten, ihren Zielsetzungen für die Arbeitnehmer- und Konsumentenpolitik, ihrem Konzept zur Förderung von Eigentum für alle und ihren Forderungen für eine zeitgemässe Bildungs- und Kulturpolitik hervor. Sie ist keineswegs, wie von gewisser Seite beharrlich behauptet wird, für eine «Demontage» unserer Sozialwerke, sondern im Gegenteil für eine konsequente Verwirklichung der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge im Sinne der Verfassungsbestimmung von 1972. Auch tritt sie für die Gleichstellung von Frau und Mann im Rahmen der nächsten AHV-Revisionen und mit klar formulierten Postulaten überdies für einen verstärkten Mutterschaftsschutz ein.

Besondere Bedeutung misst die Partei einer breiteren Streuung des Eigentums zu. Es geht darum, die Wohnbau- und Eigentumsförderungsvorschriften des Bundes rascher der wirtschaftlichen und sozialen Lage anzupassen. Neben der Begünstigung des zweckgebundenen Sparens befürwortet die FDP nachdrücklich eine Mässigung in der Steuerbelastung des Wohneigentums.

Auch wenn niemand verkennen kann, dass der Kleinstaat Schweiz in einer internationalen Schicksalsgemeinschaft lebt und mithin äussere Einwirkungen übermächtig werden können, bleibt die Selbstverantwortung das erste Gebot. Sie bezieht sich nicht nur auf die umfassende Sicherung unserer Demokratie, der unsere Aussenpolitik und unsere Landesverteidigung zu dienen haben, sondern auch auf die Ausbildung unserer jungen Generation. Die FDP legt in ihren Zielsetzungen ausführlich dar, welche Massnahmen sie befürwortet, um die Chancengleichheit und ein taugliches Schulwesen zu fördern.

Fortschritte haben wir aber nicht nur in der Bildungspolitik, sondern auch in der Kulturpolitik nötig. Zwar ist sich die FDP bewusst, dass diese vor allem die Sache privater Institutionen bleiben muss; aber Bund, Kantone und Gemeinden haben sie zu stützen und zu fördern. Heute geht es — und zwar auch im staatspolitischen Interesse — vor allem darum,

um, die innere Distanz zwischen den verschiedenen Sprach- und Kulturgebieten unseres Landes zu überwinden.

Von den Medien ist aber in den freisinnigen Zielsetzungen noch gesondert die Rede: in Hinsicht auf ihren demokratischen Auftrag nämlich. Die FDP vertritt die Ansicht, es seien die nötigen staatlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Presse, Radio und Fernsehen ihrer Informationsaufgabe in wechselseitiger Konkurrenz, aber auch in wechselseitiger Ergänzung gerecht werden können. Die FDP postuliert eine unabhängige Beschwerdeinstanz, die über Streitfälle im Bereiche von Radio und Fernsehen zu befinden hätte.

Auch die andern Kapitel der FDP-Zielsetzungen, ob sie nun die Umwelt, die Energie oder den Verkehr, die Berufsgruppen oder den Sport betreffen, münden insgesamt in solcherart detaillierte Forderungskataloge aus. Sie belegen eine konsequente Fortsetzung der bisherigen Politik der FDP und zugleich den Willen, sich neuen Problemen unbefangen zu stellen. Die Tendenz ist unverkennbar, auf extreme Positionen zu verzichten und einen auf Ausgleich bedachten Kurs zu steuern. Das entspricht nicht nur der Tradition und der breiten Basis dieser Volkspartei, sondern — das wird man wohl sagen dürfen — auch dem wohlverstandenen Interesse unseres Landes.

Die FDP-Mitgliederzeitung ist Tatsache geworden! Mit dem Erscheinen der ersten Nummer findet ein seit mehreren Monaten geplantes Vorhaben seine Verwirklichung, vorläufig für die Mitglieder der Mehrzahl der deutschschweizerischen Kantonalparteien. Es ist zu hoffen, dass sich später vor allem auch jene der Romandie und des Tessins am Informationsblatt der schweizerischen Partei mitbeteiligen werden. Die Kantonalparteien von Zürich und Thurgau (später auch jene von Bern und andere) verfügen in der neuen Zeitung über einen eigenen, unter ihrer redaktionellen Verantwortung stehenden Teil.

Eine weitere Monatszeitung im Zeitalter der Pressekonzentration, ein neues parteipolitisches Informationsorgan, in einer Phase schweizerischer Presseentwicklung, die bei manchen Blättern unverkennbar die Tendenz zu weitgehender politischer Neutralisierung mit sich brachte? Wir möchten diese Frage herzlich bejahen.

Ein Merkmal der 1977 in Kraft getretenen Parteistatuten ist die Schaffung der Mitgliederpartei auf schweizerischer Ebene und damit verbunden die Forderung nach einem stärkeren Informationsfluss zwischen den Parteiinstanzen und ihrer Basis. Nachdem durch die neue Form der Delegiertenversammlung die Verbindung zwischen schweizerischer Partei und den fest gewählten Delegierten der Kantonalparteien vertieft worden ist, soll «Der Freisinn» als neues Verbindungsorgan einen weiteren Schritt darstellen, um den Kontakt zu den Mitgliedern sicherzustellen. Dabei hoffen wir auf Echo und Beiträge von Mitgliedern, damit die neue Zeitung nicht nur der Einweginformation dient.

Die Partei verfügt über einen Pressedienst, eine Vierteljahresschrift, bisher auch über ein vierteljährlich erscheinendes Kadernformationsblatt, über viel Goodwill bei manchen Zeitungen und Agenturen und die wechselnde Gunst bei den elektronischen Medien. Dennoch ist ein Mittel vonnöten, das direkt den Kontakt sicherstellt und Parteistellungnahmen ohne den Filter, den Pressedienstartikel oder Communiqués bei den heutigen Informationsstrukturen passieren müssen, weitergeben kann. Diese Aufgabe kommt unserem neuen Informationsblatt «Der Freisinn» zu.

H. R. Leuenberger, Generalsekretär

Die Sanierung des Bundeshaushalts

FDP-Fraktion fordert konkrete Massnahmen

Innert zweier Jahre haben Volk und Stände zwei Bundesfinanzvorlagen mit sehr deutlichen Mehrheiten abgelehnt, gleichzeitig aber Sparvorlagen des Parlamentes sanktioniert. Die FDP-Fraktion der Bundesversammlung hat daraus die Konsequenzen gezogen: Sowohl im Ständerat wie auch im Nationalrat wurde eine gleichlautende Motion eingereicht. In der grossen Kammer wird sie durch Fraktionspräsident Dr. Franz Eng, Günsberg, und in der Ständekammer durch Dr. Paul Bürgi, St. Gallen, vertreten.

Die Volksentscheide müssen dahingehend interpretiert werden, dass die Stimmberechtigten im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht bereit sind, Steuererhöhungen — und dazu gehören auch Lohnprozente — zu bewilligen, sondern dass sie die Sanierung des Bundeshaushaltes auf dem Wege einer strafferen Ausgabendisziplin erwarten. Diese Forderung ist auch volkswirtschaftlich begründet und kann nach der klaren Verwerfung der zweiten Bundesfinanzvorlage am 20. Mai 1979 nicht länger überhört werden. Die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung ist be-

reit, daraus die notwendigen finanzpolitischen Konsequenzen zu ziehen. Eine von ihr sowohl im Nationalrat als auch in der Ständekammer eingereichte Motion befasst sich mit den sofort zu ergreifenden Massnahmen, klammert also die im Zusammenhang mit der Verlängerung der Ende 1982 auslaufenden Steuerordnung stehenden Fragen — ohne deren Bedeutung zu verkennen — aus.

Ziel unbestritten

Bei der Beurteilung der finanzpolitischen Lage ist davon auszugehen, dass der für 1981 geforderte

Rechnungsausgleich durch die Ereignisse zwar überholt ist, das Ziel aber weiterhin darin bestehen muss, mittelfristig den Rechnungsausgleich beharrlich anzustreben. Deshalb sind die Gesamtausgaben des Bundes — unter Ausklammerung einer allfälligen starken Teuerung und besonderer Arbeitsbeschaffungsprogramme — zu stabilisieren und die finanziellen Beziehungen zwischen Bund und Kantonen neu zu ordnen.

Alle Budgetpositionen überprüfen

Zur Erreichung dieses Zieles ist es nicht notwendig, prioritäre Bundesaufgaben, wie etwa die Behauptung der Unabhängigkeit gegen aussen, zu vernachlässigen oder soziale und andere Aufgaben, die erst in letzter Zeit gesetzlich neu geregelt worden sind (beispielsweise die AHV), in Frage zu stellen. Grundsätzlich drängen sich aber die weitere Überprüfung aller Budgetpositionen sowie die Beibehaltung des Personalstopps in der Bundesverwaltung auf. Dieser hat den Zwang zur Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit im Vollzug von Bundesaufgaben, wie sie auch im Bundesgesetz über den eidgenössischen Finanzhaushalt gefordert werden, verstärkt. Härten lassen sich noch vermehrt durch Umteilung von Stellen zwischen den Departementen beheben. Im übrigen werden vor allem die Bundes-

Inhalt

Was will die FDP?

Eidgenössische Finanzpolitik wohin?
Antworten auf Fragen nach dem 20. Mai

FDP-Motion zur Finanzpolitik

Sozialdemokratie oder Sozialismus?

Vorwärts mit der Schulkoordination

Der Philosoph im Bundesrat

Informationen zu den National- und Ständeratswahlen

BIBLIOTHÈQUE NATIONALE SUISSE
BIBLIOTECA NAZIONALE SVIZZERA

subventionen kritisch auf ihre Notwendigkeit und Angemessenheit zu überprüfen sein, hat sich doch der Transferbereich in den letzten Jahren besonders stark ausgeweitet.

Verwischte Zuständigkeiten

Bei der Beurteilung der Beiträge an die Kantone sowie der Kantonsanteile an Bundeseinnahmen ist zudem davon auszugehen, dass mit den enger gewordenen Verflechtungen auch Zuständigkeiten und Verantwortungen verwischt worden sind. Die Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit im Einsatz öffentlicher Mittel sowie die staatspolitische Stellung der Kantone sind damit nicht gefördert bzw. gefestigt worden. Eine Entflechtung ist finanzwirtschaftlich

und staatspolitisch erwünscht. Es darf in diesem Zusammenhang auch nicht ausser acht gelassen werden, dass sich die Haushalte der Kantone in letzter Zeit günstiger entwickelt haben als der Bundeshaushalt. Der Grund liegt nicht zuletzt darin, dass manche Infrastrukturaufgaben auslaufen und es der Bürger im kleinen, überschaubaren Raum leichter hat, einen sparsamen Haushalt durchzusetzen. Im Zusammenhang mit der Überprüfung der finanziellen Beziehungen ist es schliesslich nötig, auch die Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen beschleunigt voranzutreiben. Diese wird sich zwar nicht in einem grossen Wurf realisieren lassen. Mit ersten Schritten sollte jedoch nicht mehr zugewartet werden.

Wenn die Parteitagbasis nicht mehr der Parteibasis entspricht

Sozialdemokratie oder Sozialismus?

Wohin steuert sie — die SP? Ein Bild der inneren Zerrissenheit dieser Partei lieferte der jüngste Parteitag in Bern. Es wird immer offensichtlicher, dass die Parteitagbasis nicht die Parteibasis repräsentiert. Unser Beitrag zeigt einige Beispiele für diese Tatsache auf — weitere können geliefert werden...

Im Herbst letzten Jahres gab's bei der Sozialdemokratischen Partei Baselland einen offenen Hauskrach: «Unfähiger Parteivorstand?» titelte die sozialdemokratische «AZ». Und SP-Landrat und Gewerkschaftskartellpräsident Belser stellte fest, es sei am Parteitag «der Abschaffung der Demokratie das Wort geredet worden», es sei «unverkennbar, dass einige Genossinnen und Genossen den Sozialismus gepachtet» hätten; sie sollten sich «nach einem Parteibuch umsehen, das zu ihrem Sektierertum besser passt». Gemeint wurden Jusos und andere Baselbieter SP-Linke, die ideologisch besser bei den beiden kommunistischen Parteien POCH oder PdA heimisch wären.

Linke Unterwanderung der SP manifestierte sich auch in Zürich, wo die Wehrvorführungen der 6. Division in einem Verhältnisblödsinn sondergleichen mit der Besetzung von Prag und Budapest verglichen wurden.

Ebenfalls als Politshow der extremen Linken wickelte sich der Parteitag der Basler Sozialdemokraten vom vergangenen Juni ab: Bei der Wahl eines Jugendgerichtspräsidenten hatte die kommunistische PdA gegen den bürgerlichen Kandidaten Brandenberger ihren Basler Apparatschik Hofer aufgestellt. Er wurde von der SP hochhoffiziell unterstützt. Nun wusste man aber auch bei der SP, dass Hofer nicht die geringste Wahlchance besass, sondern von der PdA vor allem im Hinblick auf die Nationalratswahlen aufgestellt worden war, um ihn als Spitzenkandidaten weiter aufzubauen. Weil Brandenberger als sehr qualifiziert und sozial aufgeschlossen gilt, unterstützten ihn in einem öffentlichen Aufruf auch verschiedene promi-

nente Sozialdemokraten. Das hätten sie offenbar nicht tun dürfen! Ein SP-Parteitag verurteilte das Vorgehen als «Vorstoss gegen die Parteisolidarität» — getreu der sozialistischen Grundregel, derzufolge die Partei immer recht hat und ihr zu gehorchen ist. Ein Genosse, der das Vorgehen als «faschistisch» bezeichnete, wurde ausgepiffen.

Rechtsbruch erhofft?

Noch spektakulärer war das Vorgehen gegen den Basler SP-Regierungsrat und Polizeidirektor Karl Schnyder. Dieser hatte, einem Beschluss des Gesamtregierungsrates folgend, das auf dem Marktplatz geplante nächtliche «Sleep-out» einer «Mieteraktion Basel» (SP-Grossrat Schenk: «eine mit Spontis und Profidemonstranten angereicherte Pseudoschlaferschar») durch die Polizei verhindern lassen.

Das «linksextreme Grüppchen» («Basler Volksblatt») erhielt in der Folge von einer «SP-fremden linksextremen Gruppierung» (SP-Grossrätin und VPOD-Präsidentin Pia Schärer) am SP-Parteitag das Recht, ihren Standpunkt darzulegen und Schnyder, — «dieser Scharfmacher» — vorzuwerfen, er habe die Räumungsaktion in alkoholisiertem Zustand befohlen. Im kommunistischen «Vorwärts» wurde Schnyder als «Mini-General» bezeichnet und mit «Muckern» und «Füdlbürgern» gleichgestellt, der die Basler Polizei als «Busipo-Vorhut aufpäppeln» wolle.

Mit 140 zu 30 Stimmen verabschiedete der SP-Parteitag eine vom Basler Gewerkschaftskartell (Sekretär: SP-Parteipräsident Hubacher) vorgelegte Resolution, mit der sich nachträglich auch die PdA solidarisierte. In der Resolution wird, nebst Protest, der Hoffnung Ausdruck gegeben, «dass inskünftig der zuständige Polizeivorsteher solche Beschlüsse des Regierungsrates nicht mehr akzeptieren und öffentlich rechtfertigen muss». Mit anderen Worten: Die SP fordert einen SP-Regierungsrat auf, entgegen dem vom Volk beschlossenen Gesetz und entgegen seinem Amtseid rechtswidrig zu handeln!

«Herrschaft der Ultralinken»

Nun stellen sich aber einige Genossen, die am Parteitag offenbar das Sagen nicht mehr haben, auf

die Hinterbeine und wandten sich mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit: Die 72 Unterzeichner, darunter fast die Hälfte der SP-Grossräte und Basels (SP-)Ständerat, beklagen darin den «totalen Machtanspruch kleiner extremer Gruppierungen» und den «ersten Durchbruch in Richtung Polarisierung und Radikalisierung innerhalb der SP... Wir wollen keine SP unter der Herrschaft der Ultralinken, die letztlich die Zerstörung unserer demokratischen Ordnung und damit des Staates anstreben.»

So weit ist es also gekommen bei der SP: Sie polemisiert gegen die angebliche «Repression» der Bürgerlichen (siehe die Rede von Max Frisch am VPOD-Kongress), muss sich aber an die böse bürgerliche Presse wenden, um die Repression in ihren eigenen Reihen abzuwehren!

Unklare Rolle von SP-Präsident Hubacher

Unklar und verschwommen ist die Rolle, die SP-Präsident (und Vizepräsident der Basler SP) Hubacher beim Kesseltreiben gegen Schnyder und andere Genossen spielt. Es werde in den Reihen der 72 Unterzeichner vermutet, meint SP-Grossrat Schenk, «dass Hubacher seine Niederlage bei den Regierungswahlen vor drei Jahren noch nicht verdaut habe». (Das Volk zog damals den weniger bekannten SP-Mann und in der Folge aus der Partei ausgeschlossenen Schmid dem prominenten SP-Leader vor.)

Sozialistische Freiheit?

Polarisierung, Radikalisierung, gegenseitiges internes und öffentliches Anöden: Um was geht es im Grunde genommen? Schlicht darum, wie es SP-Regierungsrat Schnyder in einem Interview mit der «Basler Zeitung» formulierte, dass nämlich eine Annäherung der Standpunkte nur möglich sei «auf der Basis der Sozialdemokratischen Partei und nicht einer sozialistischen Partei». Schnyder traf damit des Pudels Kern: So-

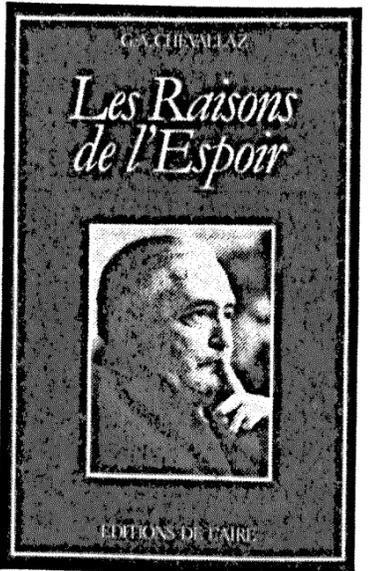
zialdemokratie oder Sozialismus? Freiheit oder Sozialismus?

Es rächt sich nun, dass die notwendige Grenzziehung bei der SP in den letzten Jahren nicht oder nur noch ungenügend erfolgte und die Partei der PdA, den POCH und andern Linken das Wasser abgraben wollte. Es gibt nämlich weder einen «demokratischen Sozialismus» («Demokratie» im guten Sinne verstanden) noch einen «freiheitlichen Sozialismus», sowenig wie es Abstinenter gibt, die Alkohol trinken, oder Alkoholiker, die glaubhaft das Blaue Kreuz präsidieren können. Zwar gibt es Dutzende von Sozialismusmodellen und, wie der ideologische Konflikt Russland — China oder die linke helvetische Minipolitzene zeigen, immer wieder neue Modelle, und jede Sekte behauptet, allein den «richtigen» Sozialismus gepachtet zu haben. Eines jedoch lässt sich mit Sicherheit feststellen: Wo überall in der Welt sozialistische Machthaber das Ruder in die Hand genommen haben — ob in Russland oder in Osteuropa, im Nahen oder im Fernen Osten, in Afrika oder in Kuba —: der «reale» Sozialismus hat bisher immer zu Diktatur und zur Unterdrückung der Menschenrechte geführt, die wir der Französischen Revolution und eben dem bürgerlichen Staat verdanken.

Es geht bei der SP-internen Auseinandersetzung nicht um ein «durchaus normales Phänomen», wie es der SP-Parteipräsident Baselland, Prof. Ott, glaubte bezeichnen zu müssen, sondern um die Grundfrage: Sozialdemokratie oder Sozialismus? Die SP darf sich weder über ihre internen Wirren noch über das Misstrauen von aussen wundern, solange sie hier nicht eindeutig Stellung bezieht. Mag auch SP-Präsident Hubacher «Freiheit statt Sozialismus» als «aufgewärmten Rufmordslogan» von Franz Josef Strauss und als «geistigen Strip-tease nach Goebbels Manier» bezeichnen: Wenn damit jener Sozialismus anvisiert wird, der neuerdings mehr und mehr in der SP praktiziert wird, trifft die harte Alternative jedenfalls zu!

Der Philosoph im Bundesrat

(H. B.) «Zwischen Staatsrechnung und Budget» hat Bundesrat Georges-André Chevallaz einem Philosophen Red und Antwort erteilt, und daraus ist ein reizvolles, 140 Seiten umfassendes Taschenbuch weiser Erfahrungen geworden. In Wirklichkeit war der Befragte selber mit seinen Antworten der Philosoph. Wäre es nicht klüger gewesen, bis zur Zeit des Ruhestands zuzuwarten? Die Frage stellte sich der Magi-



strat und beantwortete sie mit der Feststellung, dass es ihm Spass bereite, der Kette der Amtspflichten und täglichen Sorgen für einmal zu entfliehen und er seine Eindrücke noch festhalten wollte, solange sie «heiss» waren. Mit erfrischender Offenheit schildert er, wie er als dritter der Neugewählten, eine Stunde nach Willi Ritschard und eine halbe nach Hans Hürlimann, das Finanzdepartement zu übernehmen hatte, bereits ahnend, dass die Kassen leer seien und ihn Defizite und Währungsstürme erwarteten.

Auf die Frage, ob eine politische Laufbahn nicht desillusionierend sei, erfolgt die Antwort: Man muss sich eben keine Illusionen machen. Und zur Polarisation der Parteien: Die beste Politik ist die des Konsensus. Eine der vielen Fragen, die ausnahmslos eine bemerkenswerte Antwort erhalten, galt beispielsweise der Schweiz im Jahre 2000: Bundesrat Chevallaz gab zurück, er lese weder in den Karten noch im Kaffeesatz die Zukunft und misstrauere sogar der Science-fiction sowie den Wirtschaftsprognosen. Die Schweiz werde bestimmt ihre Freiheit behalten oder wiederfinden samt der Unzufriedenheit, die schliesslich das Salz des Lebens sei. Denn insgesamt ist das reizvolle Buch auf einen Grundton der Zuversicht gestimmt und trägt deshalb zu Recht den Titel «Les raisons de l'espoir».

Das Buch, das im Verlag «De l'Aire», Lausanne, erschienen ist, liegt vorerst nur in der französischen Fassung vor; eine deutschsprachige Version ist in Vorbereitung. Bundesrat Chevallaz hat die Autorenrechte an seinem Buch an die «Pro Infirmis» abgetreten.

Noch kein Nationalrat ist vom Himmel gefallen...



... und darum hat es die FDP der Schweiz unternommen, drei Seminare für unsere Kandidatinnen und Kandidaten zu organisieren. Das erste fand am 6./7. Juli in Zürich statt. Einhelliges Urteil der «Seminaristen»: das Gebotene hat die Erwartungen bei weitem übertroffen. Sogar jenen, die bereits Parlamentarier und gewiegte Politiker sind, konnten Tips und Argumentationshilfen vermittelt werden. Ausgewiesene PR-Fachleute, Journalisten und Spezialisten der FDP geben ihr Bestes, damit sich unsere Leute in den Wahlen gut schlagen werden.

Notieren Sie sich die Daten der noch folgenden zwei Seminare: 17./18. August 1979 und 31. August/1. September 1979 in Zürich.

Auskünfte und Anmeldungen beim Generalsekretariat FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38.

«Der Freisinn»

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 2642, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38. Verantwortlich für die Redaktion, Generalsekretariat FDP der Schweiz: H. R. Leuenberger, Fürsprecher, und Chr. Busch. Für die Kantonsseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung: ofa Orell Füssli Werbe AG, Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich, Telefon (01) 32 98 71.

Druck: Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.—, Jahresabonnement Fr. 20.—.

Meinungen

Nach dem 20. Mai

Eidgenössische Finanzpolitik wohin?

Nicht ganz unerwartet hat auch die jüngste Bundesfinanzvorlage keine Gnade vor Volk und Ständen gefunden. Das Ergebnis der eidgenössischen Abstimmung vom 20. Mai war eindeutig; nicht so eindeutig fiel die Interpretation des Urnenscheides aus. «Der Freisinn» hat deshalb Befürwortern und Gegnern der abgelehnten Bundesfinanzvorlage vier Fragen gestellt. Um seine Meinungsäusserung wurde auch der Präsident der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz gebeten; er hat, was wir bedauern, darauf nicht reagiert.

Die Konsequenzen aus der Verwerfung der Bundesfinanzvorlage haben sowohl die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung wie auch der Delegiertenrat der Partei gezogen: Die Fraktion reichte in beiden Kammern der eidgenössischen Räte eine Motion ein (siehe Seite 1), und der Delegiertenrat erklärte, dass er sich bei Nichterfüllung der in der Motion gestellten Bedingungen vorbehalte, nötigenfalls eine Volksinitiative zu lancieren.

Unsere Fragen:

Innert zweier Jahre haben Volk und Stände zwei Steuervorlagen abgelehnt, gleichzeitig aber Sparvorlagen angenommen. Wie interpretieren Sie diesen deutlichen Volkswillen?

Dass mittelfristig der Rechnungsausgleich erzielt werden muss, ist weitgehend unbestritten. Wie wollen Sie ihn erreichen?

Der Sparwille des Volkes ist deutlich geworden. Wo sehen Sie ins Gewicht fallende Sparmöglichkeiten?

Ende 1982 läuft die geltende Bundesfinanzordnung aus. Haben Sie schon Vorstellungen über das weitere Vorgehen?

Ständerat Dr. Paul Bürgi, St. Gallen, war engagierter Befürworter der Bundesfinanzvorlage. Er setzte sich verschiedentlich an Veranstaltungen dafür ein; so auch am Parteitag der FDP der Schweiz.

Die Mehrheit der Stimmbürger will zurzeit weder Steuererhöhungen noch neue Steuern. Zusätzliche Einnahmen begegnen dem misstrauischen Einwand, dass dann sofort der Ausgabenhahn weiter aufgedreht und nicht mehr genügend gespart werde.

Kurzfristig muss es sich zunächst um die Vermeidung hoher Defizite handeln. Nachdem die Uebertragungen aus dem Bundeshaushalt an Dritte (Kantone, Gemeinden usw.) weit überdurchschnittlich zugenommen haben, müssen diese den vorhandenen Einnahmen angepasst werden.

Ich sehe die Massnahmen in vier Richtungen: 1. Ueberprüfung aller Budgetpositionen auf Einsparungen. 2. Strikte Fortführung des Personalstopps. 3. Straffungen im Subventionsbereich. 4. Rückbildung der Kantonsanteile an den Bundeseinnahmen.

Die Wust und die direkte Bundessteuer sind im Kern beizubehalten. Bei der Wust sind gewisse Verbesserungen im System zu prüfen, z. B. das Grossisten/Detaillisten-Verhältnis. Bei der direkten Steuer ist die kalte Progression auszumerzen.

Nationalrat Dr. Felix Auer, Bottmingen, stimmte «ohne inneres Engagement» Ja.

Aus der sehr starken Verwerfung ist zu schliessen, dass der Bürger «weniger Staat» will. Konsequenterweise müsste er allerdings auch auf gewisse Leistungen des Staates verzichten. Da ihm aber bisher keines der Nein zu einer Finanzvorlage «weh» getan hat, ist er kaum motiviert, den Zusammenhang Leistungen/Steuern zu erkennen und künftighin Ja (oder Nein zu Ausgaben) zu sagen...

Da praktisch sämtliche bisherigen und überdies neue Ausgaben des Bundes in Verfassung und Gesetz festgelegt sind, kommen wir um Revisionen von beiden nicht herum. Der Bürger erhält dadurch Gelegenheit, nicht nur zu Bundeseinnahmen, sondern auch zu -ausgaben Stellung zu nehmen.

Da zwei Drittel der Bundesaussgaben Transferausgaben sind, muss hier im Sinne einer Entflechtung der Aufgaben und Ausgaben der Hebel angesetzt werden. Ohne in das Fürsorge- und Almosenprinzip zurückzukehren, sollte in der Sozialpolitik vom «Giesskannensystem» abgegangen werden.

Politisch muss unsere Finanzpolitik vorerst mehr Führungswille und Glaubwürdigkeit erkennen lassen. Materiell ist eine Entflechtung der Aufgaben und Ausgaben von Bund und Kantonen, verbunden mit einer Neuordnung des Finanzausgleichs, unerlässlich.

Nationalrat Ulrich Bremi, Zollikon, war Befürworter und setzte sich auch in der Abstimmungsendung des Deutschschweizer Fernsehens vehement dafür ein.

Das Schweizervolk hat noch kein Vertrauen in die Wirksamkeit des vom Bund eingesetzten Frankens. Diesen Vertrauensmangel sehe ich als Hauptgrund für die Ablehnung der Finanzreformen, nicht deren Inhalt.

1. Reduktion der Bundesbeiträge an die Kantone.
2. Fortführung des Personalstopps, mit grösserer Mobilität zwischen den Departementen. Verzicht auf überflüssig gewordene Stellen und Abbau der Bürokratie, besonders auch an den Hochschulen.

1. Reduktion der Subventionen (Transferbereich) und Konzentration auf die eigentlichen Hauptaufgaben des Bundes.
2. Stärkung der Ertragskraft des Einzelnen und der Unternehmen und damit Belebung der Wirtschaft.

Vor Ende 1982 müssen:
- Erfolge in der Kompetenzabgrenzung zwischen Bund und Kantonen erzielt;
- der Rechnungsausgleich erreicht;
- keine neuen Steuern eingeführt sein.

Nationalrat Dr. Otto Fischer, Bern, hatte der Vorlage von Anbeginn weg den Kampf angesagt; er lehnt den Uebergang zur Mehrwertsteuer ab.

Sparen statt steuern

Gemäss der von der freisinnig-demokratischen Fraktion der Bundesversammlung eingereichten Motion (siehe Seite 1).

Bei den Bundessubventionen, die von 2 Mia. 1970 auf 5½ Mia. Franken heute erhöht wurden. Diese Subventionen können teilweise rückgängig gemacht werden; Streichung vor allem der Subventionen an die finanzstarken Kantone.

Unveränderte Verlängerung, evtl. ohne neue Befristung.

Nationalrat Professor Dr. Hans Letsch, Aarau, stand dem Finanzpaket ablehnend gegenüber.

Es spiegelt sich darin eine verständliche Steuermüdigkeit. Arbeitnehmer, Selbständigerwerbende und Kapitalgeber benötigen jetzt eine Phase der Steuerruhe.

Durch die Stabilisierung der Gesamtausgaben des Bundes auf dem gegenwärtigen Stand, ohne eine allfällige hohe Teuerung oder besondere Arbeitsbeschaffungsprogramme.

Im Masshalten ganz generell und insbesondere bei den Subventionen (einschliesslich jener an die Kantone und Kantonsanteile an Bundeseinnahmen).

Keine Experimente.

Ständerat Dr. Paul Hofmann, CVP, Rapperswil, war als Präsident der ständerätlichen Finanzkommission engagierter Befürworter.

Vorab mit dem Wunsch auf «weniger Staat», weniger Steuern — welche Stimmung mit Erfolg geschürt wird, weil die bisherigen Sparmassnahmen für den Einzelnen kaum spürbar. Also: Zusätzliche Sparmassnahmen.

Kurzfristig: Ungefähre Halbierung des Budgetdefizits über Sparmassnahmen. Mittelfristig versuchen, Mehreinnahmen über Einzelmassnahmen (Erhöhung von Sätzen, Sondersteuern usw.) zu erzielen.

Reduktion der Subventionssätze, Beseitigung des «Giesskannensystems» in allen Sparten; rasche Realisierung von Einzelkorrekturen in der Aufgabenteilung; Reduktion von Kantonsanteilen.

Umfassende Finanzreform bis Ende 1982 fraglich. Vorerst Verbesserung über Teilmassnahmen an bestehender Ordnung; einzelne neue Massnahmen; alsdann eventuell Verlängerung der heutigen modifizierten Ordnung.

Nationalrat Dr. Fritz Hofmann, Burgdorf, trat auch als SVP-Parteipräsident für ein Ja ein.

Sie nehmen mit der Fragestellung die Interpretation vorweg. Die Mehrheit der Stimmbürger hält dafür, dass die Steuerbelastung in der Schweiz eine Grenze erreicht hat, die keine weiteren und keine höheren Steuern mehr trägt. Das Volk hat zweimal Nein gesagt zu einem Budgetausgleich auf dem Weg von Mehreinnahmen. Es muss nun bereit sein, Einschränkungen auf der Ausgabenseite in Kauf zu nehmen.

Der Rechnungsausgleich erscheint mir als eine Frage der Ausgabendisziplin. Bei einer Plafonierung des Ausgabenwachstums durch Sparmassnahmen auf der einen Seite sowie — trotz gleichbleibenden Fiskalsätzen — stetig steigenden Steuereinnahmen auf der andern Seite kann sich der Budgetausgleich möglicherweise mit der Zeit ohne neue Steuern einstellen.

In erster Linie sollte das weitere Wachstum der Bundesaussgaben unter Kontrolle gehalten werden. Zweitens sind die Ausgabenpositionen zu durchforsten. Drittens müssen die grundlegenden Strukturen der Bundesaussgaben überprüft werden — einerseits ist die Subventionsausschüttung nach neuen und klaren Kriterien zu ordnen (die SVP-Fraktion hat dazu eine Motion eingereicht), und andererseits ist die Aufgabenverteilung im Sinne einer Entlastung des Bundes neu zu ordnen.

Die Arbeit an der neuen Bundesfinanzordnung muss durch das erneuerte Parlament nach den Wahlen vom 21. Oktober in Angriff genommen werden. Meines Erachtens sind grundsätzlich die Wehrsteuer und die Warenumsatzsteuer in ihrer heutigen Form weiterzuführen, soll ein erneutes Nein des Volkes vermieden werden..

Nationalrat Dr. Walter Biel, Zürich, lehnte — wie auch der Landesring, den er präsidiert — die Vorlage ab.

Das Schweizervolk will keine neuen Steuern. Auch der Bund muss sich nach der Decke strecken. Es gilt, mit den gegebenen Mitteln auszukommen, sie effizienter einzusetzen.

Der Bundesrat kommt nun nicht mehr darum herum, den Auftrag des Finanzhaushaltsgesetzes zu erfüllen und eine echte Finanzplanung gestützt auf klare Prioritäten vorzunehmen. Neue Aufgaben dürfen nur angepackt werden, wenn dafür weniger wichtige fallengelassen werden.

Das Wachstum der Ausgaben ist zu begrenzen. Im Vordergrund müssen die Subventionen neu geordnet werden. Dabei darf es keine Reserven mehr geben. Auch die Landwirtschaft ist in die Finanzpolitik einzubeziehen.

Noch einmal: Zuerst geht es um die Aufgabenteilung. Sodann drängt sich eine Verlängerung der heutigen Ordnung ohne Steuererhöhungen auf. Schliesslich ist die überfällige Steuerharmonisierung zu verwirklichen.

Vorwärts mit der Schulkoordination

Die Diskussionen um die Koordination der verschiedenen kantonalen Schulsysteme werden in letzter Zeit wieder ernsthaft geführt. Politische Vorstösse verlangen energisch nach Beseitigung der Erschwernisse, von denen Zehntausende von Familien in unserem Land betroffen sind und die von niemandem mehr verstanden werden. Elf FDP-Kantonalparteien haben deshalb beschlossen, eine Volksinitiative zu lancieren. Start zur Unterschriftensammlung ist Ende August. Nationalrat Burkhard Vetsch, Balgach SG, Präsident des Initiativkomitees, begründet diesen Vorstoss.

Der unterschiedliche Schuljahrsbeginn kann weder mit pädagogischen noch mit föderalistischen Argumenten begründet werden. Einziges Hindernis ist die mangelnde Koordinationsbereitschaft. Hier setzen die Kantone Zug und Schwyz mit ihren Standesinitiativen an, mit denen sie vom Bund die Vereinheitlichung des Schuljahrsbeginns verlangen. Eine parlamentarische Einzelinitiative for-

dert weitergehende Koordinationsvorschriften durch Bundesrecht, nämlich auch in bezug auf das Schuleintrittsalter und die Dauer der Schulpflicht.

Die kantonale Schulhoheit muss bleiben

Das Volksschulwesen ist noch eine der wenigen Domänen, die ganz in der Kompetenz der Kan-

tone liegen. Wir haben nicht nur 26 verschiedene, sondern auch 26 gute Schulsysteme, die auf die Vielfalt in unserem Land und Volk Rücksicht nehmen. Ein eidgenössischer Schulvogt ist deshalb mehr als unerwünscht. Gleichmacherei ist abzulehnen. Gerade heute wird uns mehr und mehr bewusst, dass die Kantone ihre Aufgaben als teilweise selbständige Gliedstaaten vermehrt wieder wahrnehmen müssen, ja dass ein Ueberdenken der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen eine Verlagerung nach unten statt nach oben anstreben muss. Ich glaube, man muss auch aus den negativen Volksentscheiden zu den Bundesfinanzvorlagen diesen Willen herauslesen. Die Kantone sind zweifellos bestrebt, das «Schulheft» fest in der Hand zu behalten.

Innere Koordination gelungen...

In der Einsicht, dass die kantonale Schulhoheit die Binnenwanderung nicht hindern und nicht 10 Prozent aller Schüler in der Schweiz bei Wohnortwechsel stark benachteiligen darf, haben die Kantone 1971 ein Konkordat ausgearbeitet. Im Vordergrund dieser Bestrebungen steht die Angleichung der Schulgesetzgebung

mit Bezug auf das Schuleintrittsalter, die Dauer der Schulpflicht und den Schuljahrsbeginn, also die sogenannte äussere Koordination. Im weiteren werden Empfehlungen über Rahmenlehrpläne, gemeinsame Lehrmittel, Schulübertritt usw. angestrebt. Dieser Vereinbarung haben sich zwanzig Kantone angeschlossen. Man ist sich also in der Zielsetzung durchaus einig. Wenn auch anerkannt werden darf, dass in der inneren Koordination, etwa bei der Lehrplan- und Lehrmittelgestaltung, Fortschritte erzielt worden sind, muss doch beklagt werden, dass in den Hauptfragen der äusseren Angleichung keine Verbesserung festgestellt werden kann.

... äussere muss sichergestellt werden

Da zahlreiche Regionen unseres Landes vor allem wegen des ungleichen Schuljahrsbeginns leiden, wird die Forderung nach einer einheitlichen Regelung erhoben. Klarer, als dies das Zugervolk getan hat, kann dieses Verlangen nicht mehr ausgedrückt werden, hat es doch die Standesinitiative mit 26 682 Ja zu 747 Nein gutgeheissen. Dieser Frage haben sich auf Vorschlag der FDP des Kantons St. Gallen elf freisinnige

Kantonalparteien angenommen und beschlossen, eine Volksinitiative zur Vereinheitlichung des Schuljahrsbeginns zu lancieren. Sie hoffen, mit ihrer Anregung positive Entscheide in den Kantonen zu fördern oder, wenn diese weiterhin ausbleiben sollten, den Bund innert nützlicher Frist zu veranlassen, wenigstens diese dringendste Koordinationsmassnahme dem Schweizervolk zum Entscheid vorzulegen.

Unterschriften-sammlung ab Ende August

Die Unterschriftensammlung für die Schulkoordinations-Initiative wird Ende August gestartet.

Unterschriftenbogen können beim Generalsekretariat der FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern, Tel. (031) 22 34 38 bezogen werden.

Wenn nach einem Unfall Hilfe und sachkundiger Rat fern sind, wären viele gern «Winterthur»-versichert.

Denn die «Winterthur» hat in der Schweiz das dichteste Netz von gut ausgebildeten, erfahrenen Autoexperten und Schadeninspektoren. Mit Express-Schadendienst! Ausserdem:

«Winterthur» ist international.

Mit eigener Dienstleistungsorganisation in ganz Westeuropa. Und mit internationalem Rückholdienst für Motorfahrzeuge. Auch wenn Sie nur gelegentlich ins Ausland fahren, kann das für Sie plötzlich wichtig sein.



Die FDP

Motivation

Information und Werbung der FDP der Schweiz
National- und Ständeratswahlen 1979

Motivationsbulletin Nr. 2

herausgegeben vom Generalsekretariat der
Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz
Postfach 2642, 3001 Bern

- * Werbekonzeption
- * Werbemittelservice
- * Informationen, Ideen, Vorschläge
zur Unterstützung der Kantonalparteien,
der Bezirks- und Ortssektionen der FDP.

Unser Service kommt ganz gross an!

Anfang Jahr orientierten wir Sie mit unserem «Motivierungsplakat» darüber, wie die FDP im Wahljahr 1979 die Werbung realisieren wird, wie der Slogan lautet, welche Werbemittel wir Ihnen zur Verfügung stellen werden.

Viele spontane Reaktionen und vor allem die bei uns laufend eingehenden Werbemittelbestellungen zeigen, dass diese interne Motivation der Kader als erster Schritt gelingt: die Erwartungen wurden übertroffen!

Erstmals hat die FDP eine ganz neue Idee realisiert, die zu einem echten Hit zu werden verspricht. Um das Gefühl der Zusammengehörigkeit unter den rund 120000 Mitgliedern der FDP in der ganzen Schweiz zu vertiefen, offerieren wir eine Reihe von persönlichen Accessoires, die ihre Besitzer als FDP-Mitglieder (oder Sympathisanten) ausweisen. Dabei handelt es sich um ein Foulard, eine Krawatte, eine Sporttasche und einen Regenschirm. Die Nachfrage nach diesen Artikeln

war schon da, bevor die Werbung dafür gestartet wurde!

Auf den folgenden Seiten präsentieren wir Ihnen das aktuelle Angebot an Streuwerbemitteln und Self Liquidators sowie unseren Service für Aussen- und Pressewerbung in Wort und Bild.

Wir verfolgen damit zwei Ziele: erstens dass Sie für Ihre Orts-, Bezirks- oder Kantonalpartei von diesem Angebot regen Gebrauch machen, um einen einheitlichen Auftritt der FDP in der ganzen Schweiz sicherzustellen und zu verstärken. Und zweitens, dass Sie jetzt und möglichst grosszügig disponieren. Damit es für Sie und uns nach der Sommerpause keine Lieferschwierigkeiten und organisatorischen Engpässe gibt.

Denn wie gesagt: die Wahlen finden am 21. Oktober statt.

Das ist schneller, als man glaubt.

Und wir wollen die Wahlen gewinnen.



Unser neues Werbekonzept funktioniert!

Die FDP-Werbekonzeption basiert auf einem kecken, originellen und visuell einheitlichen Auftritt. Mit für die FDP neuartigen Massnahmen in Form bürgernahe Aktionen präsentieren wir uns und unsere Kandidaten nicht nur an kontradiktorischen Gesprächen im gewohnten (und heute nicht mehr so attraktiven) Rahmen, sondern an Orten und bei Gelegenheiten, die uns erlauben, der FDP ein jugendlicheres, dynamischeres Profil zu geben.

Solche Veranstaltungen sind - weil für die FDP neu - äusserst pressewirksam. Wir erhalten so eine Medienpräsenz, die in ihrer Wirkung auf die Öffentlichkeit positiv ist. Und so auch die Beachtung unserer Botschaften in Inseraten, Flugblättern und Plakatwerbung wesentlich steigert.

Der Wahlslogan «Ideen, Köpfe, beherzte Taten: FDP» kommt in einheitlicher grafischer Gestaltung überall zur Anwendung: bei Delegiertenversammlungen, Pressekonferenzen, an Kundgebungen, Standaktionen usw. So beispielsweise auch am Parteitag vom 20./21. April in Solothurn und an weiteren Präsentationen. Die Presse und das Fernsehen haben darüber ausführlich berichtet, es wurde der Eindruck einer in ihren Grundsätzen einigen und starken Partei vermittelt.

Alle jene, die bereits während der kantonalen Wahlen als Wahlhelferinnen und Wahlhelfer an Standaktionen und sonstigen Wahlveranstaltungen mitgewirkt haben, bestätigen ausnahmslos, dass sich dieser Einsatz lohnt. Und dass er darüber hinaus wertvolle Ein-

sichten gegenüber der Probleme von Wählerinnen und Wählern bringt, dass der Direktkontakt «zurück zum Wähler» für alle ein positives Erlebnis darstellt.

Stene Zürcher Zeitung

STADT

Die FDP im Aufwind.

Die Frühjahrswahlen in den fünf Kantonen Basel-Land, Zürich, Tessin, Luzern und Graubünden sowie in der Stadt Genf haben gezeigt, dass die FDP eindeutig im Aufwind ist. Wir haben nicht nur zusätzliche Mandate gewonnen, sondern konnten uns politisch weiter als die starke bürgerliche Kraft profilieren. Offensichtlich sind wir für eine zunehmende Zahl von Wählern attraktiv geworden, weil wir mit liberaler Politik der sozialistischen Herausforderung entgegentraten und uns auch nicht scheuten, unseren gegensätzlichen Stand-

punkt klar und verständlich zu markieren. Diese konsequente Haltung ist beizubehalten - sie wird sich auch bei den eidgenössischen Wahlen im Herbst bezahlt machen.

Zu einem guten Teil sind diese erfreulichen Erfolge aber auch auf den für die FDP neuartigen Wahlkampfstil zurückzuführen. Unsere klare politische Haltung wurde durch engagierte Wahlhelfer und Kandidaten unterstützt, die sich auf offener Strasse zum Freisinn bekannten. Im Direktkontakt und im Gespräch mit Wählerinnen und Wählern warben sie um jede einzelne Stimme. Und zwar dort, wo man sie nicht erwartete: im Einkaufszentrum, auf dem Sonntagsspaziergang, im Fussballstadion - überall dort, wo eine Breitenwirkung beim Publikum garantiert ist, wo Aufmerksamkeit und Attraktivität für unsere Botschaft gross sind.

Diesen Trend heisst es jetzt auszunützen. Und vor allem: nicht der Gefahr der Selbstsicherheit erliegen. Denn die positiven Meldungen über die FDP in der Presse könnten bewirken, dass unser Engagement nachlässt - und dass die Gegner aufgerüttelt werden und sich mobilisieren. Wir sollten unsere Ziele hoch stecken, wir müssen an den Erfolg glauben und ihn herbeiführen. Es wird die Aufgabe aller Verantwortlichen sein, ihre Leute zu motivieren und zu engagieren. Und schliesslich dafür zu sorgen, dass am Tag X, dem 21.10.79, unsere Wählerinnen und Wähler geschlossen an die Urnen gehen! Jede Stimme zählt.



Dixieland im Tramdepot
FDP mit Swing in die Wahlen



Die ausserordentlich New Orleans Rhythmen

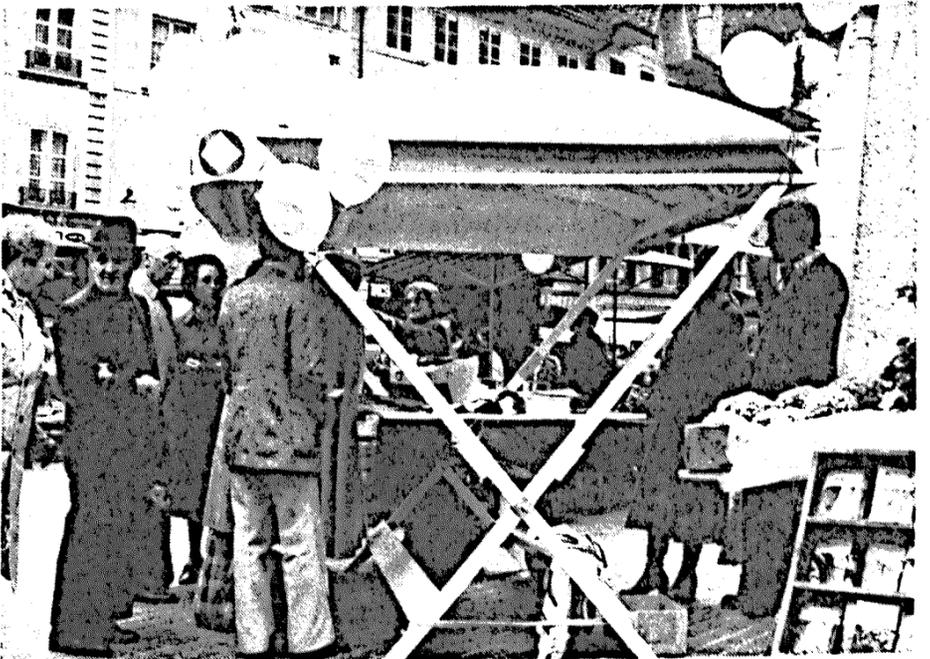
«Traditionell» ist bei weitem nicht in jedem Fall mit «veraltet» gleichzusetzen. Das wurde dieser Tage auf politischer wie auf musikalischer Ebene im Tramdepot Tiefenbrunn bewiesen, wobei der Wählerin V der Freisinnig-Demokratischen Partei (Stadtkreise 7 und 8 sowie Zollikon) zu einem Jazzkonzert mit den New Orleans Rhythmen geladen hatte. Um das Fest vorwegzunehmen, sei deshalb ein Kalauer gestattet, weil er ziemlich zutrifft: Die beherzte Tat der Ideenreichen (freiwirtschaftlichen Diskretion) hat gestiftet.

Die gut 150 erlesenen Zuhörerinnen und Zuhörer aller Alterskategorien liessen sich nicht stören, sondern vor allem vom interessanten Musizieren des Septetts auf der Bühne begeistern. Die Atmosphäre stimmte in jeder Beziehung. Das instrumentenreiche Cache der Tiefenbrunn Depots ergab für die recht rebellische Musik der «Jazz»-Leute einen überaus stimmungsreichen optischen und für die Zuhörer auch akustisch angenehmen Rahmen, zu dem die Dekoration mit Abstrudeln von Ballons erst noch einen Hauch von Mardi Gras beitrug. Apropos Tramdepot: Die Veranstalter haben bei der Wahl der Lokalität nicht etwa an Abseitigkeit gedacht; sie wussten, dass die Halle voll mit einer Abschuhrampe zu neuen Horizonten.

Was schliesslich die Protagonisten der Abend anbelangt, so seien die Liebhaber des New Orleans Jazz seit langem bestens ver-

trauten New Orleans Rhythmen hier nur noch briefartig vorgestellt: Blech- und Holzinstrumente engagiert (siehe hier das frühere, im Gegensatz zum unerbittlichen Jazz später Trompete Hans Buhler, zu der Maribus Gerg, wenn er nicht solistisch brillierte, ein saftiges Nic Engler oft agrarische, aber immer geschmeidige Klarinette. Nicht minder erquicklich sondern der Rhythmus section mit Walter Günthard am Klavier, dessen Harmonien bei aller Ausgefallenheit wohltemperiert, ohne klotzigen offensichtlich missverständlichen romantischen ausstrahlen, der imponierende, von Jacky Wiedmann virtuoso gezielte Kontrabaß, die Gitarre Urs Röllin, die - anders als die Succato eines Barjon - den charakteristischen Swing der Combo beflügelt; und schliesslich das unaufrichtige, aber um so musikalischerer Spitz Carlo Lapellina am Schlagzeug.

Kurzum: Die waren Kommer am Werk, die aus Freude an der Sache nicht an der Routine errierte sind. Der genierte Leser merkt den Sympathiehalt dieser Aussage für eine Veranstaltung mit waltpolitischen Charakter, der an Gewicht noch dadurch gewinnt, dass die Begrüssung des Zuhörers (die Wählerin) sich gegen den Schluss des Konzerts noch singierte: Oh «hoi Jazz» auch heute Wahlen im Ausicht stelle - was an diesem Abend im Tramdepot mit wird mit Vergnügen auf dem «Band wagon» mitfahren.



Der FDP-Werbemittelservice: à-la-carte!

In Ihrer Ortsgruppe, Bezirks- oder Stadtpartei können Sie jetzt individuell und wirksam für die FDP werben. Wir haben eine Serie von Werbemitteln gestaltet, mit denen Sie Ihren Bedürfnissen und Möglichkeiten entsprechend - eben «à la carte» - operieren können. Auf diesen Seiten finden Sie unser Angebot als Katalog. Zudem haben wir einen vierseitigen Separatdruck mit dem Titel «So werben wir für unsere Kandidaten» verfasst, der Ihnen in Checklistenform eine Fülle von Anregungen und Ideen vermittelt.

1. Streuwerbmittel

zur Abgabe bei Veranstaltungen, als Beilagen für Direktwerbung usw.

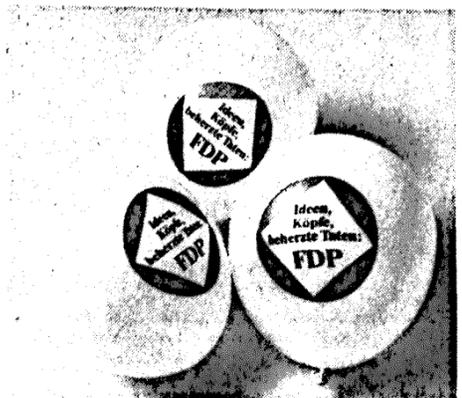


Kleber

Der Wahlkampf-Kleber ist ein sehr vielseitig verwendbares Werbemittel. Für das Auto, am Arbeitsplatz, als Dekorationshilfsmittel usw. Keine Aktion, ohne dass dieser Kleber nicht dem Publikum verteilt wird! Zur Beachtung: auf dem rückseitigen Schutzpapier finden Sie einen Argumentationstext für freisinnige Politik. Dieser eignet sich sehr gut, um mit Wählern in ein engagiertes Gespräch zu kommen. Der FDP-Kleber ist in zwei Grössen erhältlich.

Ø 100 mm Mindest-Bestellmenge 200 Stück à Fr. -20
Farben: weiss, Druck schwarz/rot/blau
Best.-Nr. 402

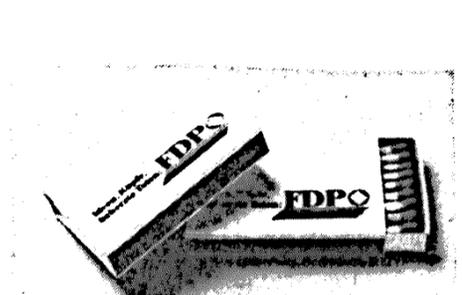
Ø 50 mm Mindest-Bestellmenge 200 Stück à Fr. -15
Farben: weiss, Druck schwarz/rot/blau
Best.-Nr. 408



Ballons

Unser Ballon hat sich als ein sehr beliebtes Streuwerbemittel erwiesen: er bringt Charme und Leichtigkeit bei der Dekoration gesellschaftlicher Anlässe, ist ein Hit bei Kindern (Ballonwettfliegen, Preise: FDP-Self Liquidators!). Disponieren Sie möglichst rasch und grosszügig.

Ø aufgeblasen ca. 30 cm
Mindest-Bestellmenge 200 Stück
à Fr. -20
Farben: weiss, Aufdruck schwarz/rot/blau
Best.-Nr. 403



Zündhölzchen

Vom bisher üblichen Zündholz-Briefchen sind wir abgekommen und bieten Ihnen eine moderne Flachbox mit ca. 25 Zündhölzchen Inhalt an. Unser Bestseller!

Format 35 x 55 x 10 mm
Mindest-Bestellmenge 200 Stück à Fr. -20
Farben: Schachtel weiss, Aufdruck schwarz/rot/blau
Best.-Nr. 404



Bonbons

Die FDP zeichnet sich im Wahlkampf (und in der Politik) durch Klarheit aus. Darum verteilen wir den Wählern Hustenbonbons mit der pointierten Aussage «Die klare Stimme für eine klare Politik». Der Beutel enthält Aussagen über liberale Politik, jedes Bonbon ist in Papierchen gewickelt, auf denen freisinnige Postulate als «griffige Sprüche» aufgedruckt sind.

Bestellen Sie dieses Streuwerbemittel bitte jetzt, damit keine Lieferschwierigkeiten entstehen können.

Format Beutel: 100 x 130 mm
Inhalt 6 Hustenbonbons in FDP-Wickelpapier
Farben: Beutel und Wickelpapier weiss, Aufdruck schwarz/rot/blau
Mindest-Bestellmenge 100 Beutel à Fr. -30
Best.-Nr. 405

Bonbons in Grosspackung

Zur Verteilung von einzelnen Bonbons am FDP-Stand stellen wir Ihnen zusätzlich die gleichen Bonbons noch in einer Grosspackung zur Verfügung. Dabei handelt es sich um einen Cello-Zylinder (Klarsichtpackung), mit FDP-Kleber ausgerüstet.

Format Zylinder: 17 cm hoch, 14,5 cm Ø
Inhalt: 1,4 kg Bonbons
Bonbons: in FDP-Wickelpapier weiss, Aufdruck schwarz/rot/blau
Preis pro Grosspackung: Fr. 12.50
Best.-Nr. 411

2. Für FDP-Anlässe

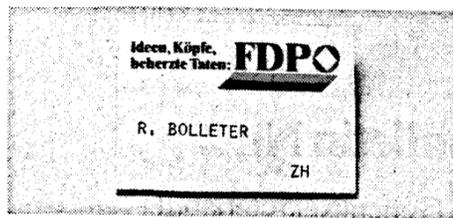
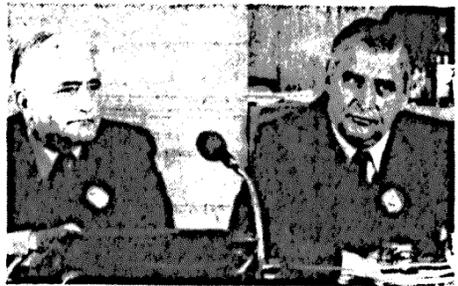
zur Identifikation von Referenten, Gästen usw.



Button

Keine FDP-Veranstaltung ohne diesen «Protestknopf»! Kandidaten, Vorstandsmitglieder, Wahlhelfer und Sympathisanten tragen ihn, um die Bedeutung der FDP auch visuell zu unterstreichen. Der FDP-Button wird von der Presse auch «mitfotografiert», so dass seine Werbewirkung über die eigentliche Veranstaltung hinaus gewährleistet ist. Unser Tip: Kandidatinnen und Kandidaten montieren diesen Button auf einer Rosette in den jeweiligen Kantonalfarben. Die Rosetten beziehen Sie in einem Blumengeschäft oder durch eine Dekorationsfirma.

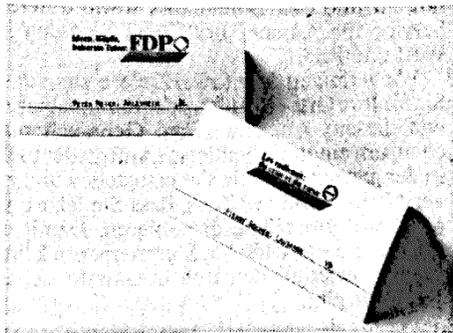
Grösse: Ø ca. 50 mm
Farben: weiss, Eindruck schwarz/rot/blau
Mindest-Bestellmenge 50 Stück à Fr. -20
Best.-Nr. 401



Ansteckkärtchen

in Klarsichthülle, mit Sicherheitsnadel. Vorderseite deutscher Slogan, Rückseite französischer Slogan. Für Delegiertenversammlungen, für Pressekonferenzen, für gesellschaftliche Anlässe.

Format: 6 x 4 cm
Farben: weiss, Aufdruck schwarz/rot/blau
Mindest-Bestellmenge 50 Stück à Fr. 1.50
Best.-Nr. 409



Tischkärtchen

aus Karton, flach, gerillt für Falzung, Vorderseite deutscher Slogan, Rückseite französischer Slogan. Für gesellschaftliche FDP-Anlässe.

Format: 14,8 x 7,3 cm gefalzt
Farben: weiss, Aufdruck schwarz/rot/blau
Mindest-Bestellmenge 50 Stück à Fr. 1.-
Best.-Nr. 410

3. Goodwill-Werbemittel

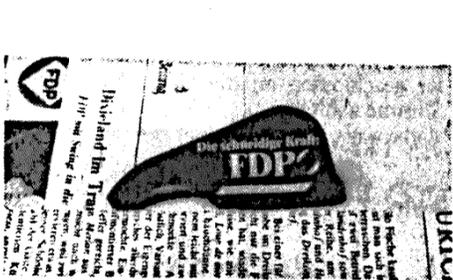
für gezielten Einsatz bei Spendenaktionen oder Pressekonferenzen.



Radiergummi

Dieses Werbemittel ist weniger für das Radieren als für die Beschaffung von finanziellen Mitteln bei potentiellen Spendern gedacht. Der Radiergummi trägt die Aufschrift «Für Sie reiben wir uns auf»; einen Mustertext für Sammelaktionen liefern wir mit. Der Spendeneffekt wird mit diesem «Aufhängen» wesentlich grösser als sonst üblich sein!

Format: 45 x 25 x 10 mm
Farben: weiss, Aufdruck schwarz/rot/blau
Mindest-Bestellmenge 10 Stück à Fr. 2.20
Best.-Nr. 406



Quick-Cutter

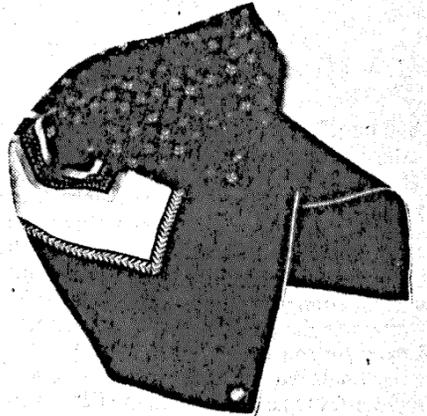
heisst auf deutsch «Schnellschneider». Das ist ein praktisches Taschenwerkzeug, um rasch Artikel, Inserate und anderes aus Zeitungen und Zeitschriften herauszuschneiden. Eignet sich als Werbegeschenk für (kritische) Journalisten und Berichterstatter, denn auf dem Quick-Cutter steht: «FDP - die schneidige Kraft». Kann und soll auch für Finanzierungsaktionen verwendet werden!

Grösse: ca. 70 mm lang
Farben: schwarz, Aufdruck negativ weiss
Mindest-Bestellmenge 5 Stück à Fr. 4.40
Best.-Nr. 407

4. Self Liquidators

Jeder Wahlkampf kostet Geld, sehr viel Geld sogar. Die Beschaffung der notwendigen Mittel stellt alle Parteistrategen jedesmal wieder vor schier unlösbare Probleme. Wir haben darum eine Idee realisiert, von der auch die Wahlkampfkasse Ihrer Kantonalpartei profitieren wird: wir offerieren FDP-Mitgliedern und Sympathisanten vier modische, qualitativ sehr gute Accessoires zu einem Preis, in dem für Ihre Kantonalpartei und für uns je Fr. 5.- pro Artikel eingerechnet sind.

Diese Accessoires haben sich bereits als Hit entpuppt: schon bevor dafür die eigentliche Werbung bereit war, mussten wir - wegen der grossen Nachfrage - schon Neuauflagen in Auftrag geben.

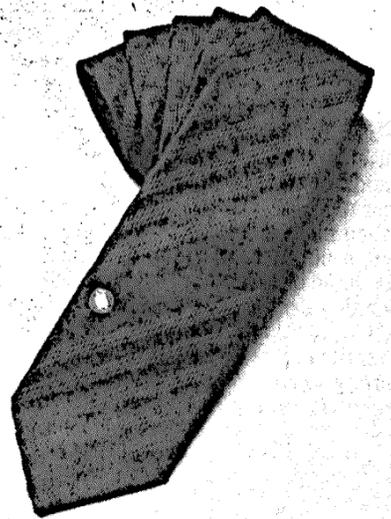


Seidenfoulard

für die FDP-Damen. Modisches und sehr hübsches Seiden-Carré 80x80 cm, handrolliert, in bester Schweizer Qualität.

Farben: dunkelblau, Druck weiss/rot/blau, mit diskretem FDP-Signet
Best.-Nr. 501

Preis Fr. 40.-



Krawatte

als «Clubabzeichen». Modische Jacquard-Krawatte (8 cm breit), aus 100% Polyester/Terylene, in bester Schweizer Qualität.

Farben: dunkelblau, mit feinen roten Diagonalfstreifen und diskretem FDP-Signet
Best.-Nr. 502

Preis Fr. 32.-

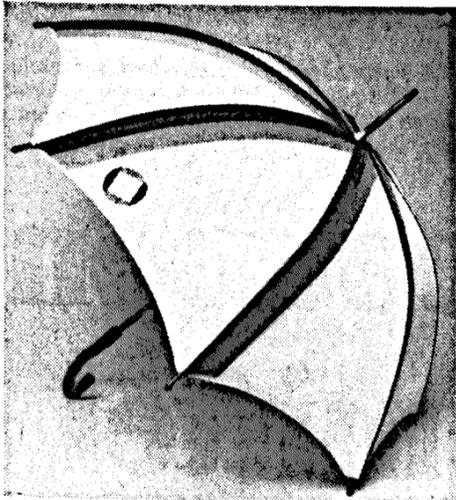


Sporttasche

aus strapazierfähigem Leinen, innen PVC-beschichtet, mit praktischer Aussentasche für «Kleinigkeiten», starker Reissverschluss.

Farben: Tasche weiss, Aufdruck rot/blau
Grösse: 22 x 28 x 44 cm
Best.-Nr. 503

Preis Fr. 48.-



Regenschirm,

der auch als Sonnenschirm funktioniert! Er ist weiss und fröhlich, solid und praktisch. Und vor allem: er ist kein «Reklame-Schirm», sondern ein chices, persönliches Accessoire.

Farben: Bezug weiss, mit rot-blauen Streifen und diskretem FDP-Signet
Best.-Nr. 504

Preis Fr. 47.-

Motivationsprospekt Self Liquidators

Für die Durchführung von «Verkaufsaktionen» bei Ihren Mitgliedern stellen wir Ihnen – solange Vorrat – gratis einen hübschen, farbigen Prospekt zur Verfügung. Darauf sind die erwähnten Self Liquidators abgebildet, und die FDP-Mitglieder werden durch einen Aufruf des FDP-Präsidenten zur Unterstützung dieser zeitgemässen Aktion motiviert. Zu jedem Prospekt gehört eine Bestellkarte und ein Einzahlungsschein.

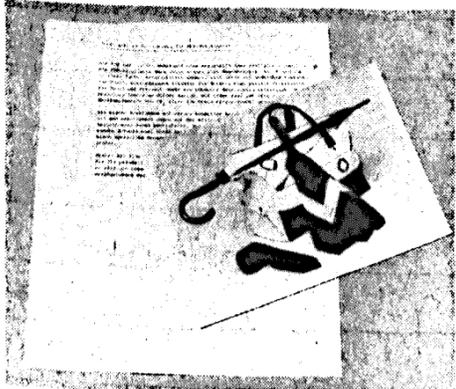


Bitte legen Sie diesen Prospekt Ihrem nächsten Rundschreiben bei oder verteilen Sie ihn an einer der kommenden FDP-Veranstaltungen Ihrer Partei!

Format: offen 41,5 x 21 cm
gefaltet 10,5 x 21 cm (A6/5)
Druck: vierfarbig
Mindest-Bestellmenge 100 Stück
Best.-Nr. 505

Pressefoto Self Liquidators

mit Kurztext zur Information und als Bestell-Insert für Publikation in den Organen der Kantonal-, Regional- und Lokalparteien.



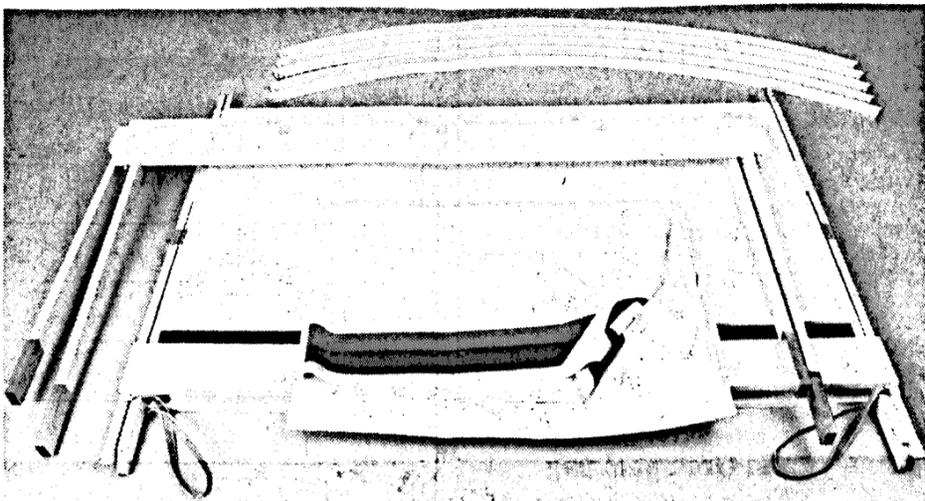
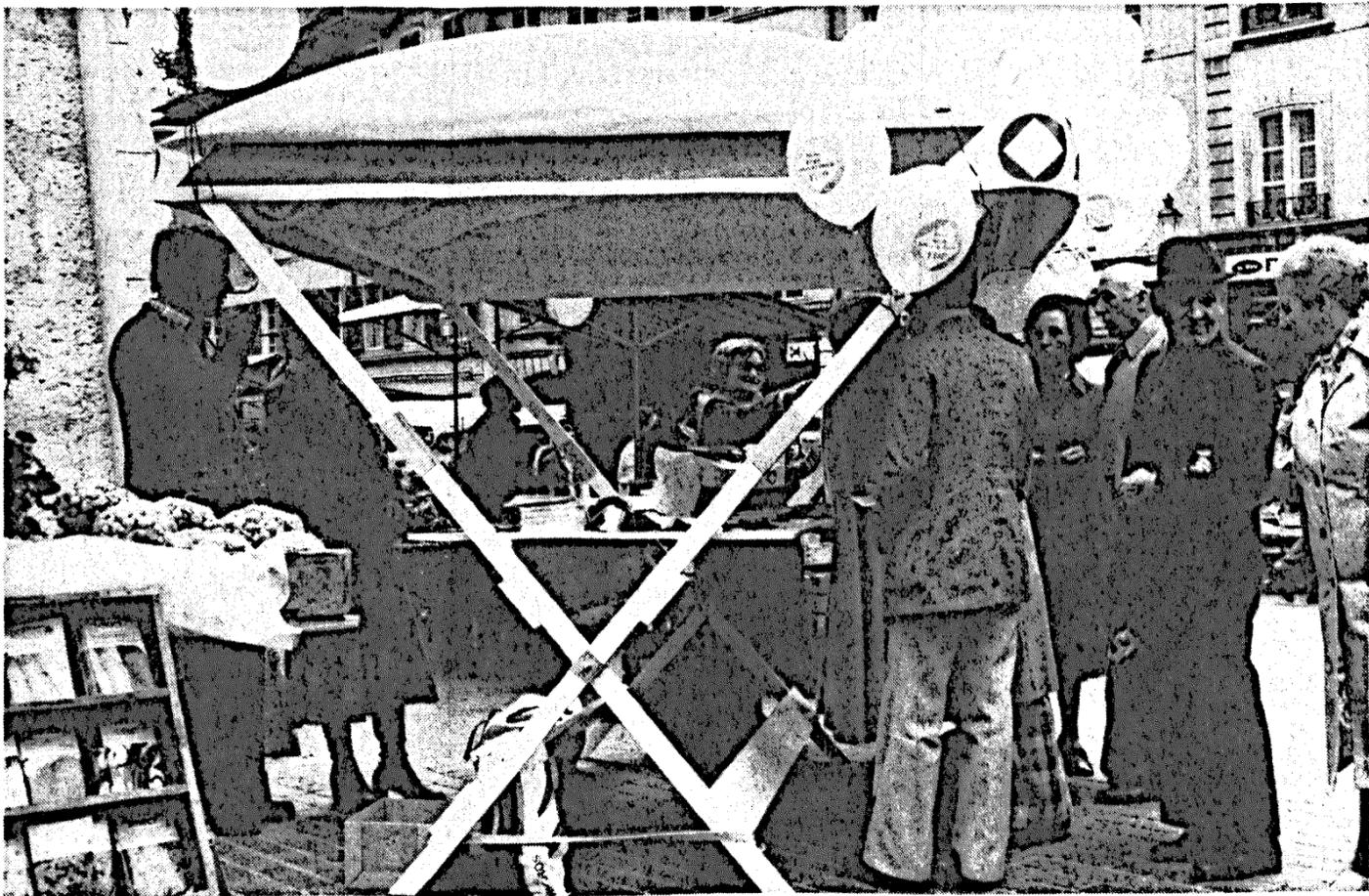
Diese Unterlagen liefern wir Ihnen gratis, bitten Sie aber, nur dann zu bestellen, wenn Sie auch tatsächlich Informationen über unsere Self Liquidators in Ihrer Presse disponieren. Danke.

Best.-Nr. 506

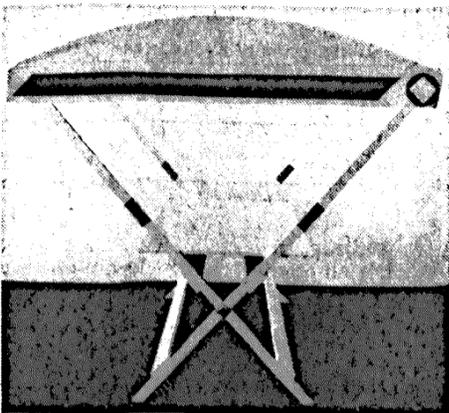
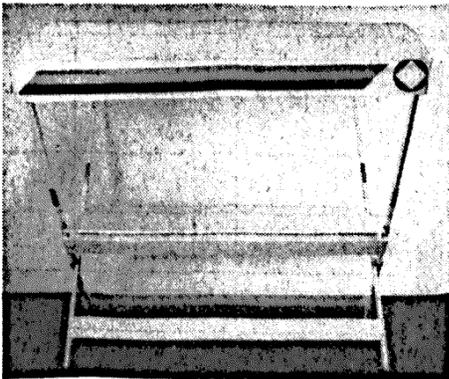
5. Aussenwerbung

Der FDP-Stand

Der FDP-Stand ist das zentrale Element für Veranstaltungen aller Art. Er eignet sich für Aktionen auf allen Ebenen: Gemeinde, Bezirk, Kanton, national. Der Stand hat grosse Vorteile: eine Werbewirkung, die Neugier weckt, und ist auch Treffpunkt und Bühne für Kandidatenauftritte. Er bietet Schutz vor der Witterung. Und schliesslich ist der FDP-Stand ein Werbemittel von Dauer; er kann immer wieder und für die unterschiedlichsten Anlässe während Jahren verwendet werden. Zum Beispiel auch an einem FDP-internen Gartenfest, um Getränke und Esswaren für die Selbstbedienung bereitzuhalten...



Der FDP-Stand wurde speziell entwickelt, um auf kleinstmöglichem Raum gelagert und transportiert werden zu können. Er besteht aus vier Einzelteilen: 1. aufklappbarer Tisch, 2. zwei Dachstützen, 3. fünf Dachträger, 4. wetterfeste Dachblende aus Stamoid. Zwei Wahlhelfer können ihn mit wenigen Handgriffen und ohne Werkzeuge innert Minuten aufstellen oder wieder demontieren.



Diesen Stand können Sie sich auf zwei Arten beschaffen:

1. Do it yourself

Sie bestellen bei uns die Konstruktionszeichnung als Vorlage für Ihren Schreiner am Ort. Falls er FDP-Mitglied ist, wird er bestimmt zum Selbstkostentarif arbeiten. Wir liefern Ihnen die Alu-Manschetten, die Dachträger und die Dachblende.

2. Fertig durch uns

Sie erteilen uns den Auftrag zur Produktion des Standes, fixfertig ausgerüstet. Für den Transport müssen allerdings Sie selber sorgen. Wir bitten hier vorerst um provisorische Bestellungen (bis 25.6.79), damit wir die zentrale Produktion organisieren können.

Für die Produktion müssen Sie mit einer Frist von ca. 6-8 Wochen ab Auftragserteilung an uns rechnen.

Wir betonen es nochmals: der FDP-Stand ist ein zentrales, äusserst wichtiges Werbeelement, damit Sie die Konzeption «Zurück zum Wähler» realisieren können. Zudem ist er ein Werbemittel von Dauer: Sie können ihn während Jahren verwenden, Sie haben ihn jederzeit verfügbar. Und schliesslich können auf Bezirksebene oder in Städten, indem sämtliche FDP-Stände zusammengezogen werden, auch Grossveranstaltungen der FDP wirkungsvoll realisiert werden.

Technische Informationen

Standmasse	Material
Dach 2,15 x 2,37 m	Konstruktion aus Holz, Beschläge/Manschetten aus Aluminium
Tischplatte 1,0 x 2 m	Dach: wetterfestes Kunststoffmaterial (Stamoid)
Fuss 1,1 m breit	

Farben

Dach und Stand ganz in Weiss, Zierleiste und Signet blau/rot

Bedachung, Dach-Bogen-träger, 2 Alu-Manschetten und Konstruktionsplan
Best.-Nr. 203

Stand komplett, zentral produziert und abholbereit.
Best.-Nr. 204

Produktionspreise: auf Anfrage. (Werbeagentur B&B Zollikon, 01 65 57 57)

Plakatständer

Für Ihre Strassenaktionen und Parteiveranstaltungen liefern wir Ihnen ein Universalmodell, das sich sowohl als Einzelständer wie auch als Dreierkombination einsetzen lässt. Solide rostfreie Metallkonstruktion mit weissen Trägerpanels aus Kunstharz-Hartpavatex. Für Plakatformat B4 (90 x 130 cm).

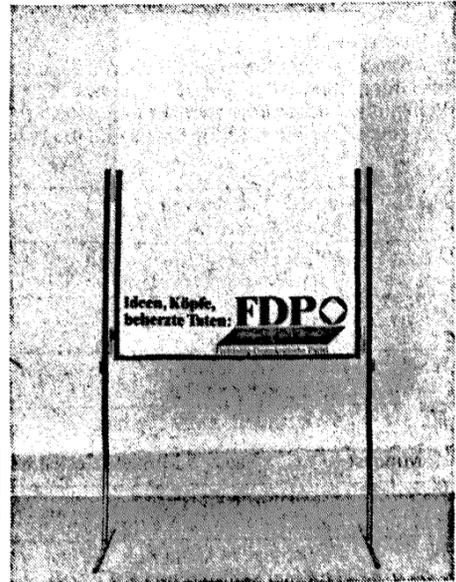
Dieser Plakatständer ist leicht und ohne Werkzeuge zu montieren und lässt sich auf kleinstem Raum lagern und transportieren.

Dreierkombination (2 Einzelständer, 1 Zwischenstück)
Preis Fr. 300.-
Best.-Nr. 205

Einzelständer
Preis Fr. 100.-
Best.-Nr. 206

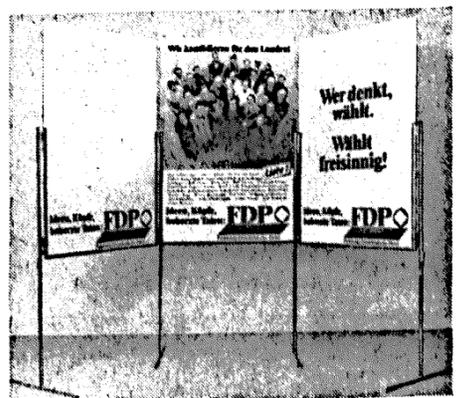
Plakate

Wir haben drei verschiedene Plakattypen geschaffen, die sich sehr vielseitig und gezielt einsetzen lassen.



Vordrucke

Dieser neutrale Vordruck in den Farben Schwarz/Rot/Blau eignet sich für Veranstaltungshinweise oder als Vordruck für die Gestaltung von Kandidaten-Plakaten, Listenplakaten usw. Beispiel: Anwendung des Vordrucks im Kanton Basel-Land während der Landratswahlen Frühjahr 1979.



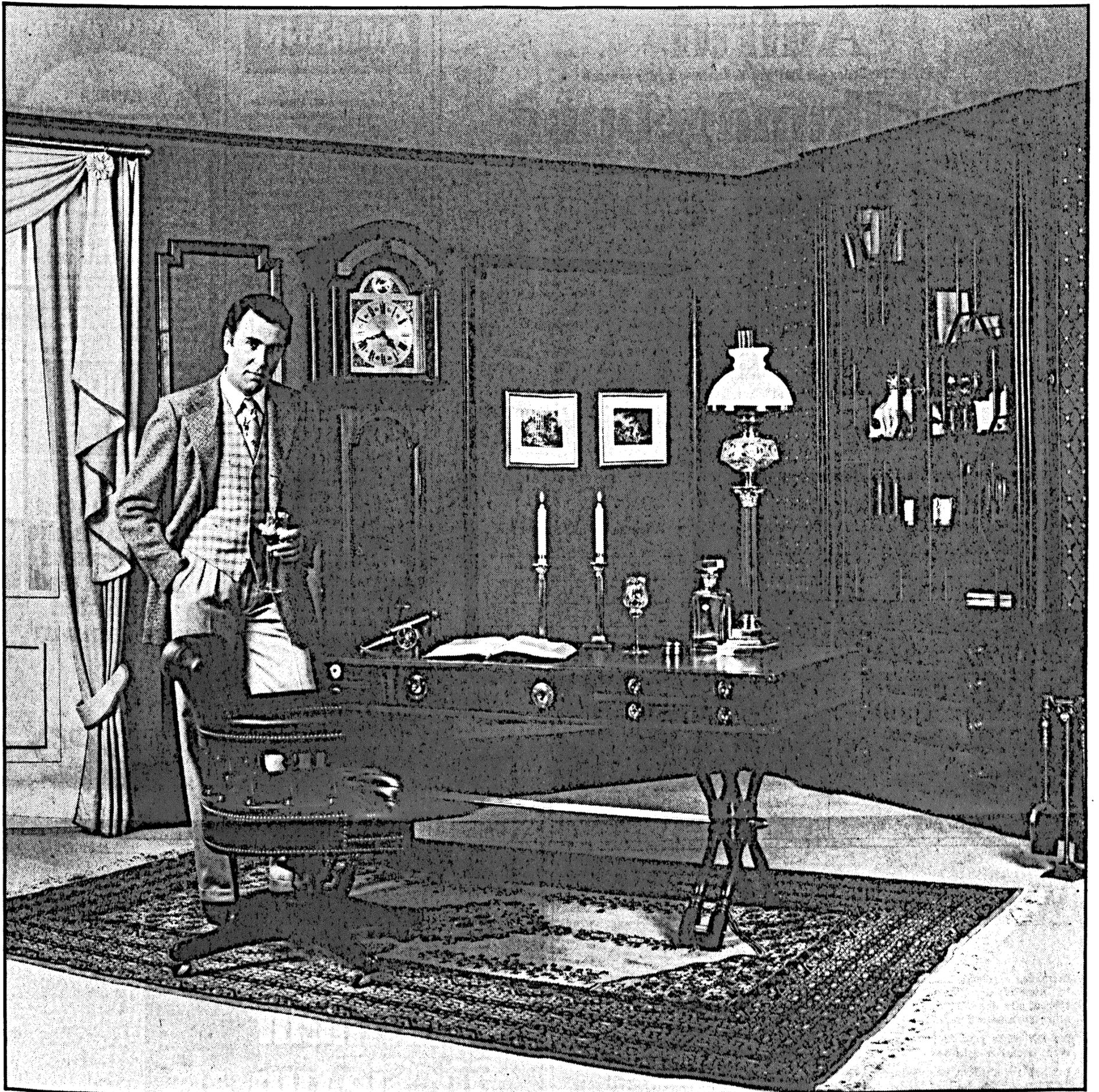
Die Vordrucke liefern wir in zwei Grössen:

Weltformat B4 für Aussenwerbung (90,5 x 128 cm)
Mindest-Bestellmenge 50 Exemplare à Fr. 2.50
Best.-Nr. 201

Kleinplakate A3 (29,7 x 42 cm)
Mindest-Bestellmenge 20 Exemplare à Fr. 1.25
Best.-Nr. 202



Gestaltungsmuster zu Plakaten
Mit jeder Lieferung von Plakatvordrucken erhalten Sie gratis je ein Gestaltungsmuster für Textplakate und Kandidatenplakate. Darauf sind für Ihren Grafiker/Drucker alle technischen Angaben betreffend Schriftart und -grössen sowie Fotoreproduktion enthalten.



Exklusiv im MZ - Stilvolles Wohnen 5

Geborgenheit, in der man sich erholen kann.

Das Herrenzimmer ist meine ganz persönliche Oase, wo ich mich bei einem kühlen Drink vom täglichen Stress erhole, wo ich meinen nächsten Arbeitstag in Ruhe vorbereiten kann.

Hier fühle ich mich wohl. Time ist plötzlich nicht mehr money. Der Erfolg bleibt draussen vor der Tür. In dieser stilvollen Umgebung kommt Goethes Faust zu neuen Ehren und die Kleine Nachtmusik erfüllt den Raum.

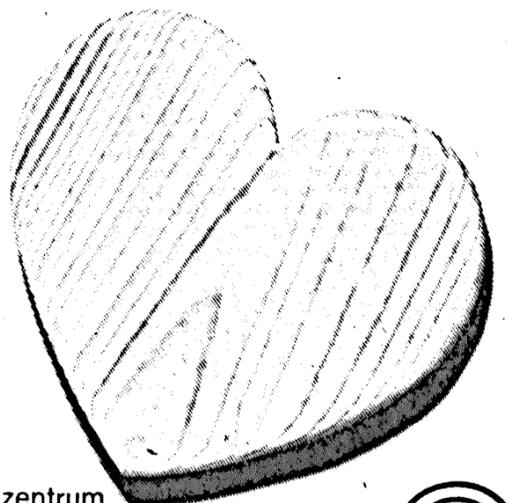
Sicher: Es ist nicht jedermanns Sache, stilvoll zu wohnen. Warum aber nicht kostenlos exklusive Ideen sammeln? Besuchen Sie die Sonderschau «Stilvolles Wohnen» in der Wohn-Erlebnis-Ausstellung im Möbelzentrum des Handwerks.

Lassen Sie sich inspirieren.

Finden Sie Ihren ganz persönlichen Stil für Ihr Zuhause.

Damit auch Sie in erholsamer Atmosphäre zu neuen Taten aufbrechen können.

Geborgenheit, die man erwerben kann



10 Jahre Möbelzentrum,
Sonderschau «Stilvolles Wohnen»



Möbelzentrum des Handwerks

Verkauf von handwerklichen und industriellen Erzeugnissen des Wohnbedarfs.
Volketswil, an der Autobahnausfahrt Richtung Uster, «Industrie Volketswil», vis-à-vis Waro, Telefon 01/945 55 81-85
Über 330 angeschlossene Schreinermeister, Innendekorateure und Innen-Architekten.

Aufruf

an alle Mitglieder der FDP zur Teilnahme an der grossen

Wahlkundgebung

der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz

am 8. September

Am 8. September werden wir in Brunnen am Vierwaldstättersee im Rahmen einer grossen Kundgebung den Wahlkampf für unsere Partei eröffnen. Wir wollen mit einer eindrucksvollen Demonstration unsere Stärke und Geschlossenheit zeigen. Dazu gehört natürlich auch ein gutes Unterhaltungsprogramm, das diesen Samstag zu einem unvergesslichen Erlebnis für alle werden lassen wird.

- Extrazüge
- Grosses Festzelt direkt am See

- Tessiner, Welsch- und Deutschschweizer kommen sich näher
 - Details demnächst durch Ihre Kantonalpartei
- Wir wollen, dass viele Freisinnige dabei sind. Wir wollen, dass auch Sie mitmachen. Denn: Wir wollen die Wahlen gewinnen! Aus organisatorischen Gründen (Verpflegung), sind wir darauf angewiesen, möglichst rasch einen Überblick der Teilnehmerzahlen zu haben. Senden Sie uns darum Ihre Anmeldung mit diesem Coupon schon jetzt und nicht später als bis zum 22. August, Danke!

FDP der Schweiz

AMMANN
4900 Langenthal

Mit über 1000 Mitarbeitern sind wir als führendes Fabrikations- und Handelsunternehmen der Baumaschinenbranche im In- und Ausland tätig. Mit einer Realtime-Lösung bewirtschaften wir unsere umfangreichen Ersatzteillager.

Verschiedene weitere interessante Projekte harren der Lösung durch unser kleines EDV-Team, für welches wir einen

Programmierer-Analytiker

suchen. Direkt mit dem Chef EDV und in engem, persönlichem Kontakt mit den Linienstellen lösen Sie Ihre Aufgaben. Ihre Selbstständigkeit richtet sich nach Vorbildung und Erfahrung. Sie können sich voll entfalten.

Wir wünschen uns einen Mitarbeiter, der schon einige Cobol-Erfahrung hat.

Wenn Sie sich für diese Stelle interessieren, rufen Sie uns an. Wir werden gerne das weitere Vorgehen mit Ihnen besprechen.

U. Ammann,
Maschinenfabrik AG,
4900 Langenthal
Telefon (063) 29 61 61,
intern 498



1449249FDP

Das Beste günstiger

ZANKER

Waschautomaten mit 2 Jahren Vollgarantie!

Umtauschangebot:

bei Modell 750

Fr. 800.-

für alte Maschinen natürlich nur bei Schubiger! Einige fabrikneue Ausstattungen.

Geschirrspüler

nur 890.- statt 1550.-

Grossauswahl der besten Marken; vom Toaster bis zum Kühlschrank, vom Föhn bis zum Staubsauger; alles zu den günstigsten Schubiger Netto-Preisen! Hauslieferung, Montage und Service, Kauf/Miet-Kauf - Teilzahlung

1910477FDP

Schubiger AG

St. Gallen: Fürstenlandstr. 109 28 36 11
St. Gallen: Rorschacherstr. 112 25 42 45
Wil, Chur, Zürich, Uster

Der Staat ist keine Kuh, die im Himmel gefüttert und auf Erden gemolken wird.

FDP

Anmeldecoupon

Ich nehme mit _____ Personen an der Wahlkundgebung vom 8. September in Brunnen teil.

Name, Vorname _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Kanton _____

Datum _____

Unterschrift _____

Bitte diesen Coupon gut leserlich in Blockschrift ausfüllen und einsenden an: Generalsekretariat, FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern

Ideen, Köpfe, beherzte Taten:

FDP

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz

Wege zum Ruhm

Karrieren ergeben sich nicht zufällig, echte Karrieren werden geplant. Wer könnte Ihnen bei der Planung Ihrer eigenen beruflichen Laufbahn kompetenter zur Seite stehen, als das SIB, die Weiterbildungsinstitution des Schweizerischen Kaufmännischen Verbandes des SKV.

Der SKV zählt rund 82'000 Mitglieder und ist damit der drittgrösste Arbeitnehmerverband in der Schweiz.

Das SIB zeigt nicht nur vielversprechende berufliche Wege der kaufmännischen Richtungen auf, sondern bietet Ihnen die entsprechenden Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Grundsolides, anerkanntes Wissen, über das Sie sich mit Fachdiplomen ausweisen können.

Der dipl. Controller SIB

Die SIB-Controller-Schule bietet Personen mit eidg. Maturität, eidg. Handelsdiplom, bestandener kaufmännischer oder technischer Berufslehre die Möglichkeit, in einen Beruf einzusteigen, der hohe Anforderungen an Wissen und geistige Beweglichkeit stellt und dessen Bedeutung von Jahr zu Jahr zunimmt. Als vergleichende Instanz zwischen Planziel und Erreichungsgrad, muss der Controller ein fundiertes, abgerundetes Bildungsspektrum mitbringen, das er sich in der SIB-Controller-Schule aneignen kann.

Die Controller-Schule dauert vier Jahre. Der gesamte Kurs ist in vier Stufen von je einem Jahr aufgeteilt. Jede Stufe ist eine in sich geschlossene Einheit mit abschliessender Erfolgskontrolle (Zwischenprüfung). Bei geeigneter Vorbildung besteht die Möglichkeit, individuell in eine bestimmte Stufe einzutreten.

Der dipl. Kaufmann HKG

Die Höhere Kaufmännische Gesamtschule HKG ist die berufsbegleitende Schule für qualifizierte kaufmännische Praktiker, die ihre verantwortungsvolle Tätigkeit durch breites kaufmännisches Fachwissen untermauern und absichern wollen. Der Lehrstoff basiert auf dem kaufmännischen Lehrabschluss und mehrjähriger Praxis.

Die HKG ermöglicht den Schulbesuch neben der beruflichen Tätigkeit, d.h., das Einkommen wird nicht in Mitleidenschaft gezogen.

Der Unterricht ist unmittelbar auf die berufliche und praktische Tätigkeit des Schulbesuchers ausgerichtet. Im Mittelpunkt der Ausbildung stehen die betriebswirtschaftlichen Aufgaben, mit denen fähige kaufmännische Mitarbeiter jederzeit konfrontiert werden können. Die Ausbildung dauert drei Jahre und wird mit der Diplomprüfung abgeschlossen.

Schweizerisches Institut für Betriebsökonomie und höhere kaufmännische Bildung **SIB** 

SIB - eine Institution des Schweizerischen Kaufmännischen Verbandes
SIB
Badenerstr. 694, 8048 Zürich

Coupon

Informieren Sie mich über die SIB Controller-Schule

Name: _____

Anschrift: _____

Coupon

F 2

Informieren Sie mich über die HKG des SIB

Name: _____

Anschrift: _____

...oder telefonieren Sie dem SIB 01/62 20 60

Die SKA kann mehr für Sie tun, als Sie glauben.

Die guten Dienste meiner Bank



Eine neue Broschüre der SKA informiert Sie über alle wichtigen Dienstleistungen. Sie können die Broschüre gratis am Schalter jeder SKA-Geschäftsstelle beziehen.



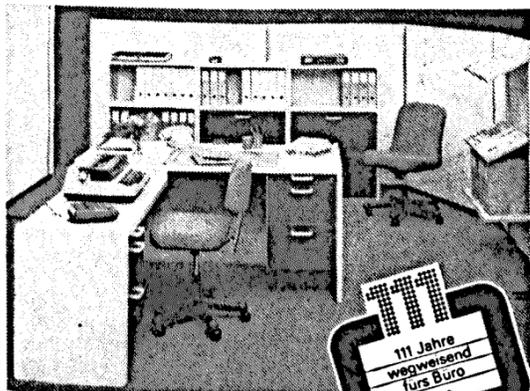
SCHWEIZERISCHE KREDITANSTALT SKA

Einsenden an die nächstgelegene Geschäftsstelle der SKA oder an SKA Hauptsitz/Pvz, Postfach, 8021 Zürich.



Die Frage nach dem humanen Arbeitsplatz ist beantwortet mit plural

Bitte merken Sie sich den neuen Namen *plural*. *plural* ist ein flexibles Elementbausystem für Arbeitsplätze im Einzel- und Gruppenbüro sowie im Grossraum. Dieses kunststoffbeschichtete, neue Büromöbelprogramm - eine Entwicklung von RN - besteht aus handlichen, ungekoppelten Einheiten.



plural

ist die eindeutige Antwort von Rüeegg-Naegeli auf die Frage nach dem humanen Arbeitsplatz mit ausserordentlich grosser Flexibilität.

- Einsockel-Schreibtisch ab Fr. 945.-
- Zweisockel-Schreibtisch ab Fr. 1510.-
- Schrank für 40 Ordner A4 Fr. 435.-

Rüeegg-Naegeli

8022 Zürich, Beethovenstrasse 49
 Telefon 01 - 201 22 11
 RN Chur, Telefon 081 - 22 52 83
 RN Luzern, Telefon 041 - 22 35 38

Ein sinnvolles Hobby ... für Ihre Entspannung

Orgelbauen - Orgelspielen



Verschiedene Modelle - betriebsfertig und im Bausatz für Jedermann.

Verlangen Sie Gratisprospekte bei Wersi-electronic AG, 8887 Mels, Tel. (085) 2 50 50. Filialen: Zürich: Hallwylstr. 71. Bern: Eigerstr. 80.

2544091FDP

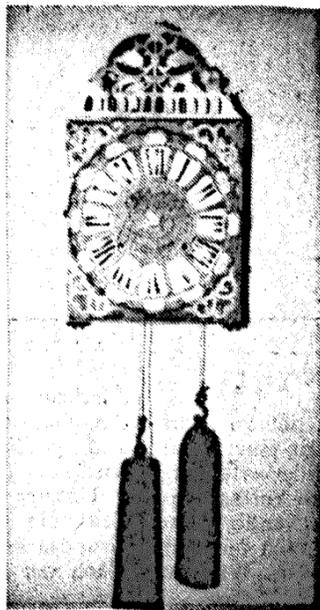
Auserlesene

- Ferienhäuser zur Erholung
- Einfamilienhäuser als Eigenheim
- Mehrfamilienhäuser zwecks Kapitalanlage

in der ganzen Schweiz

Bernhard Steck, Treuhand AG, Spitalgasse 37
 3011 Bern, Telefon (031) 22 78 48

3039714FDP



Zweizeiger-Kartuschenuhr Louis XV

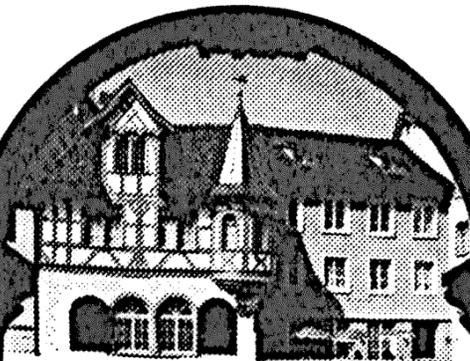
Antike Uhren aus Frankreich

- Kartuschenuhren
- Coq
- Einzeiger-Coq
- Mehrglocken
- Ankeruhren usw.

finden Sie in grosser Auswahl zu vernünftigen Preisen bei

A. Sager
 9108 Gonten/Appenzell
 Telefon (071) 89 12 43

3632881FDP



Am Gallusplatz

Restaurant gastronomique
 Gallusstrasse 24, 9000 St. Gallen
 (vis-à-vis Kathedrale)

Das führende Haus der Stadt St. Gallen

- Restaurant
- Rotisserie
- Gewölbekeller (Säli bis 40 Personen) ideal für Familienanlässe, Gesellschaften usw.

H. J. Sistek, Telefon (071) 23 33 30



Gasthaus Hof

Appenzell
 b. Landgemeindeplatz

Kehren Sie ein in unseren neuen, heimeligen Lokaltäten, denn

der neue «Hof» bietet für jeden etwas:

- Räumlichkeiten für Familienanlässe, Vereinsausflüge, Tagungen, Sitzungen usw. (bis 100 Personen)
- reichhaltige Küche mit feinen Appenzellerkäsenspezialitäten
- grosse Gartenwirtschaft
- für Familienferien modernes Touristenlager (unterteilte Schlafräume 6 bis 12 Personen)

Familie J. Dörig-Scheier, 9050 Appenzell,
 Telefon (071) 87 22 10

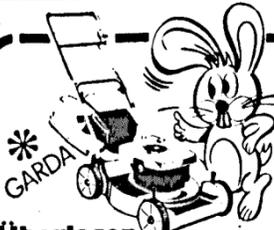
1853791FDP

Sprüngli

Postversand

Wir versenden für Sie die gewünschte Sprüngli-Spezialität ins In- und Ausland. Wir erledigen für Sie alle Formalitäten.

Confiserie am Paradeplatz, Zürich
 Stadelhoferplatz, Shop-Ville
 Shopping-Center Spreitenbach
 Einkaufszentrum Glatt



Überlegen in Qualität, Leistung und Schnitt.

Garda 50 cm, 4 PS, 4-Takt, B+S, Alu-Gehäuse, Schnitthöhenverstellung, Heckauswurf mit Grasfangkorb.

Abholpreis Fr. 595.- Selbstfahrend Abholpreis Fr. 695.-

SILENT AG 8108 Dällikon
 Bucherstrasse 16
 Tel. 01 844 00 10



Selbsthypnose
 können auch Sie

- Probleme selber lösen
- Beschwerden und Störungen beheben
- sich selber besser kennenlernen
- Ihre innere Harmonie wiederherstellen
- sich tief entspannen und regenerieren
- gesund und fit werden und bleiben
- Ihre Ziele erreichen
- ein schöneres, erfüllteres Leben aufbauen

Mit unserem exklusiven Intensivtraining, einzeln oder in Gruppen, (Tagesseminare in verschiedenen Städten), können auch Sie sicher und schnell zum Ziel kommen.

Ausbildungslehrgänge zum dipl. Hypnosetherapeuten. Hypnosetechniken für Aerzte, Zahnärzte usw.

Verlangen Sie unverbindlich unseren Prospekt.

VFEH (Vereinigung zur Förderung ethischer Hypnose), Schulungszentrum, Teufener Str. 2, 9000 St. Gallen, Telefon (071) 23 49 48

Wir führen auch

individuelle Hypnosetherapie

durch für Erwachsene, Kinder und Jugendliche bei den verschiedensten Indikationen (Regressionen, Psycho-Hygiene, Katharsis, Hypno-Analyse, Re-Programmierung usw.)

Vereinbaren Sie einen Termin für eine persönliche Besprechung/Beratung mit einem unserer dipl. Hypnosetherapeuten.

Hypnose-Institut, Teufener Str. 2, 9000 St. Gallen,
 Telefon (071) 23 49 49

2526654FDP



... findet bestimmt die ideale

Partnerin für den vielbeschäftigten Geschäftsmann

Nirgends erfüllen sich Heiratswünsche so rasch und sicher wie bei uns, dem bekannten und seriösen Ehe-Institut.

Ehe-Institut Glucksburgh

Bruggwaldstr. 105, 9302 Kronbühl,
 Telefon (071) 24 90 88

Gratisgutschein für kostenlose Beratung

Name: _____

Strasse: _____

Ort: _____

3633616FDP

FDP präsentiert Alternativentwurf

Nach der Veröffentlichung des Vorentwurfs der Expertenkommission für die Vorbereitung einer Totalrevision der Bundesverfassung hat die Geschäftsleitung der Partei beschlossen, eine besondere Arbeitsgruppe zu bestellen, um die Stellungnahme der Partei vorzubereiten. Ulrich Pfister, Präsident des ständigen Ausschusses für Staatspolitik, wurde mit der Leitung dieser Arbeitsgruppe betraut. Er berichtet über deren Arbeiten:

Das Resultat unserer Arbeit liegt nun vor. Es gilt dabei zu unterscheiden zwischen der Stellungnahme zum Verfassungsentwurf und der Antwort auf einige wichtige Vorfragen im Zusammenhang mit dem Postulat einer Totalrevision an sich. Denn es gibt auch bei jenen, die Reformen in der Verfassung unseres Staates für nötig halten, eine wesentliche Meinungsverschiedenheit in der Frage, ob deswegen eine gesamthafte Reform wünschbar oder überhaupt durchführbar sei.

Das Postulat einer Totalrevision darf nicht mit dem Schicksal dieses Entwurfs stehen oder fallen. Wir würden dem Gespräch über eine Staatsreform einen schlechten Dienst leisten, wenn wir es allein auf das Werk der Expertenkommission fixieren und beschränken wollten. Es muss grundsätzlich möglich bleiben zu sagen: Totalrevision ja, aber nicht so.

«Anregender» Verfassungsentwurf

Der Verfassungsentwurf ist ja gerade darum so anregend ausgefallen, weil in der Expertenkommission noch nicht alle politischen Mechanismen der helvetischen Konkordanz eingebaut wurden. Das hat die Diskussion auf erfreuliche Weise belebt. Aber damit ist auch bereits angedeutet, dass der politische Prozess erst noch stattfinden muss. Eine politische Partei muss zwangsläufig vor allem politische Gesichtspunkte vor Augen haben, wenn sie sich mit einem derartigen Entwurf auseinandersetzt. Sie hat insbesondere auch die Frage zu stellen, ob der eingeschlagene Weg, die Konzeption des Entwurfs richtig, beziehungsweise politisch richtig, beziehungsweise politisch tragfähig und realisierbar ist.

Wir haben uns in der Vorbereitung unserer Stellungnahme herausgenommen, diese Frage zu stellen, wir haben versucht, uns von der Fixierung auf den Entwurf zu lösen, die das öffentliche Echo doch weitgehend bestimmt und neben viel Begeisterung auch viel Beunruhigung und Skepsis geweckt hat. Wir haben uns bemüht, sichtbar zu machen, dass man dem Unternehmen Totalrevision auch weiterhin positiv gegenüberstehen kann, wenn man den Verfassungsentwurf in manchen Teilen kritisch beurteilt.

Der FDP-Alternativentwurf

Wir sind in unserer Stellungnahme, der ein ausformulierter Alternativentwurf beiliegt, von der Arbeit der Expertenkommission ausgegangen, und wir haben von

der umfassenden Aufbereitung der Materialien selbstverständlich profitiert. Doch wir haben einige Akzente anders gesetzt. Das ist einfach, solange es sich um einzelne Artikel handelt. Das Hauptproblem, das uns beschäftigte, das auch die Kritik vor allem ausgelöst hat, lag jedoch nicht in einzelnen Artikeln, sondern gewissermassen in der Konzeption des Expertenentwurfs. Wir haben uns zu Beginn unserer Arbeit eingehend mit dem Begriff der «offenen» Verfassung auseinandergesetzt, an den sich die heftigen Kontroversen vor allem im Bereich der wirtschafts-, sozial- und eigentumspolitischen Zielsetzungen sowie beim neuartigen Modell der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen geknüpft hatten. Zweifellos handelt es sich dabei um interessante, originelle Vorschläge — aber hier liegt doch der entscheidende Stein des Anstosses. Wir sind zur Überzeugung gelangt, dass diese Vorschläge die politische Auseinandersetzung kaum überleben dürften. Und wir haben uns darum bemüht, in diesen Bereichen Alternativlösungen zu skizzieren, die gewiss konventioneller anmuten, aber politisch aussichtsreicher sein sollten.

Auch unser Alternativentwurf kann selbstverständlich nicht mehr sein als ein Diskussionsbeitrag. Wir wollen damit vor allem demonstrieren, dass die weitere Auseinandersetzung um eine neue Bundesverfassung keine Einbahnstrasse sein soll, sondern offen bleiben muss für eine breite und umfassende Meinungsbildung.

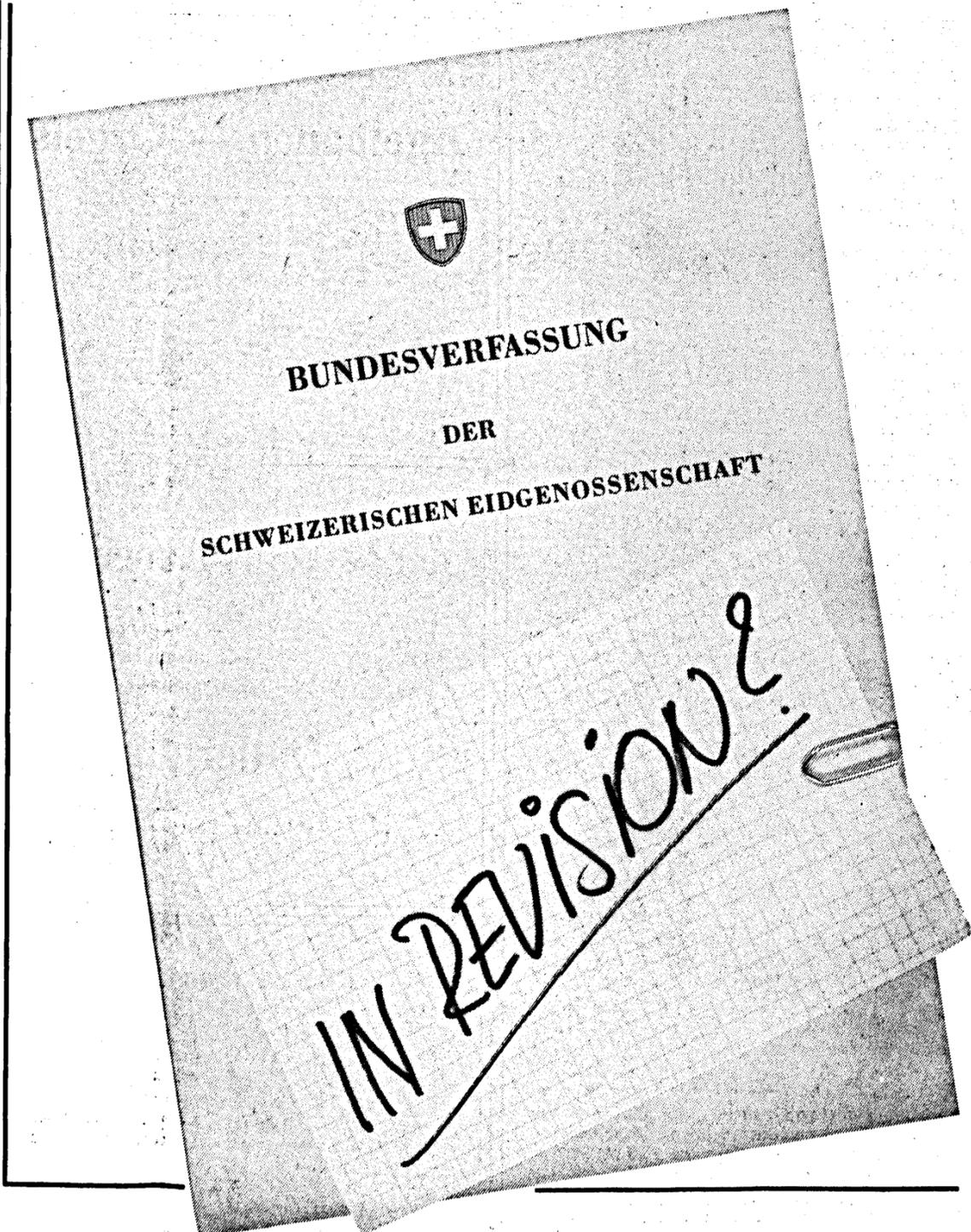
Wie soll es weitergehen?

Die FDP bekennt sich zur Fortsetzung der Arbeit an einer Totalrevision der Bundesverfassung. Wir betrachten eine Verfassungsrevision als notwendig und wünschbar, wenn auch nicht als zeitlich sehr dringlich. Wir sind

auch der Meinung, dass sie durchzuführen sei, unter der Bedingung, dass sie massvoll bleibt und politisch breit abgestützt wird.

Unseres Erachtens ist nun der Zeitpunkt für einen politischen Grundsatzentscheid gekommen. Nach der Auswertung der Ver-

nehmlassung hat nach unserer Ansicht der Bundesrat Stellung zu nehmen zur Grundsatzfrage, ob das Unternehmen Totalrevision nun in das nächste Stadium, die Vorbereitung einer politischen Vorlage, geführt werden soll.



Notwendigkeit, Wünschbarkeit und Durchführbarkeit

Zu den in den Vernehmlassungsunterlagen gestellten Fragen nach der Notwendigkeit, Wünschbarkeit und Durchführbarkeit einer Totalrevision stellte die FDP-Arbeitsgruppe folgende Überlegungen an:

Die Liberalen in unserem Land haben keine Ursache, unsere bestehende BV geringzuschätzen. Sie können im Gegenteil stolz sein darauf, was diese Verfassung seit 1848 an freiheitlicher, demokratischer, föderalistischer, rechts- und sozialstaatlicher Substanz geschaffen und erhalten hat. Wir können uns keine Verfassungsrevision vorstellen, die sich nicht an diesen Grundwerten orientiert, die nicht «wertkonservativ» ausgerichtet wäre.

Die FDP verschliesst sich begründeten Reformpostulaten nicht. Es gilt zu erkennen, dass jede gesellschaftliche Entwicklung auch an

den Staat immer wieder neue Forderungen stellt, dass sich Bestehendes immer wieder als unzulänglich erweist. Die geltende BV hat sich so lange erhalten können, weil sie den evolutionären Wandel in Einzelschritten institutionell ermöglicht hat.

Was heute zur Diskussion steht, ist die Frage, ob eine Reform in einem grösseren Zusammenhang nötig ist. Es waren freisinnige und liberale Parlamentarier, die diese Frage seinerzeit auf die politische Traktandenliste gebracht haben. Die FDP hat denn auch auf den Fragebogen der Arbeitsgruppe Wahlen eine positive und konstruktive Antwort gegeben.

Es gibt sachliche Gründe für eine grössere, zusammenhängende Reform: Die systematische Darstellung der Grundrechte und Reformen im institutionellen Be-

reich lassen sich praktisch nur im Verfahren einer Totalrevision verwirklichen, da das Erfordernis der Einheit der Materie bei Partialrevisionen keine Paketlösungen zulässt. Hingegen ist die Regelung der Aufgaben- und Kompetenzverteilung zwischen Bund und Kantonen Sache des politischen Prozesses, der sich in Teilrevisionen niederschlagen und dessen Fortsetzung auch in einer Totalrevision nicht antizipiert werden kann.

Die Wünschbarkeit einer Totalrevision lässt sich somit aus liberaler Sicht begründen. Doch darf man sich dabei keinen Illusionen hingeben. Weder befinden wir uns in bezug auf staatspolitische Grundentscheidungen in einer Umbruchsituation, noch lassen sich in einer solchen Übung grössere sachpolitische Akzentverschiebungen durchfüh-

ren — dies verbietet sich schon darum, weil über eine totalrevidierte BV schliesslich mit einem einzigen Ja oder Nein entschieden werden muss.

Wenn wir eine Totalrevision als notwendig, wünschbar und auch durchführbar betrachten, so kann es sich dabei nur um ein massvolles A-jour-Bringen der geltenden BV handeln. Alles andere ist realpolitisch betrachtet Utopie und birgt lediglich die Gefahr der Frustration und Resignation. Doch das ist gar nicht so wenig. Denn wenn wir die heutige Verfassungswirklichkeit analysieren, so stellt bereits eine ehrliche und realitätsbezogene Neufassung des Verfassungstextes ein kühnes und anspruchsvolles politisches Unterfangen dar.

Sonderheft der «Politischen Rundschau»
Die FDP-Stellungnahme zum Verfassungsentwurf sowie der Alternativentwurf der Partei werden in einem Sonderheft der «Politischen Rundschau», das Ende August erscheint, präsentiert. Bestellungen dafür nimmt das Generalsekretariat der FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern, Tel. (031) 22 34 38 entgegen. Preis: Fr. 5.—.